

Peter Brand/Günter Minnerup

Die deutsche Frage - Problemskizze und Thesen

1. Vorüberlegungen

Wohl mit keinem anderen Problem hat sich die marxistische Arbeiterbewegung so schwer getan wie mit dem der Nation. Die Annalen des Sozialismus und Kommunismus sind gefüllt mit unbewältigten theoretischen und praktischen Problemen im Umfeld des Begriffs-paars Klasse-Nation, und Deutschland macht darin keine Ausnahme. Im Gegenteil: wenn schon ganz allgemein nicht von *der* marxistisch-sozialistischen Theorie der Nation gesprochen werden kann, so ergeben sich aus den Besonderheiten der deutschen Geschichte ganz spezifische Hindernisse für eine unbefangene Diskussion der nationalen Problematik auf der Linken. Eine sozialistische Analyse der »Deutschen Frage« nach 1945 muss sich deshalb zunächst auch der Frage stellen, welcher theoretische Nationenbegriff und welches Verständnis der Nationalgeschichte Deutschlands ihr zugrundeliegen.

1.1 Nationale Identität, Nation und Nationalismus

Welche real- und machtpolitische Faktoren auch immer die Positionen von SPD und KPD/SED nach 1945 zur nationalen Frage in Deutschland sonst noch geformt haben – und von diesen wird weiter unten die Rede sein –, so lassen sich doch in ihren heutigen Formulierungen unschwer zwei der traditionellen sozialistischen Grundpositionen zum Nationenproblem erkennen. Auf der einen Seite wird das Festhalten am Fernziel der Wiedervereinigung aus dem Konzept der »Kulturnation« begründet, demzufolge die gemeinsame geschichtliche Vergangenheit, noch bestehende familiäre und freundschaftliche Beziehungen, die gemeinsame Sprache, Literatur, Kultur usw. einen »unzerreißbaren« Zusammenhang begründen, demgegenüber die Spaltung in zwei Staaten widernatürlich ist und letztlich nur – im historischen Maßstab – temporär sein kann¹. Auf der anderen Seite werden das Entstehen und die Konsolidierung einer »DDR-Nation«, die als sozialistische deutsche Nation der kapitalistischen (west-) deutschen Nation gegenüberstehe, aus den Lebensbedingungen in einem völlig unterschiedlichen sozio-ökonomischen System begründet, das über die neue Lebens- und Produktionsweise, Erziehung und Sozialisation letztlich auch andere psychische Grundhaltungen, Bewußtseinsinhalte hervorbringe². In der theoretischen Tradition der Arbeiterbewegung gehen der »kulturelle« Ansatz der Sozialdemokratie auf die Arbeiten des Austromarxisten Otto Bauer³ und der »objektivistische« Ansatz der SED auf Josef Stalin⁴ zurück.

Wir halten beide Ansätze für unbefriedigend. Der Begriff der »Kulturnation« muß schon im deutschen Zusammenhang vor dem Österreich-Problem passen: Warum sollten die deutsche Sprache und Kultur zwischen der BRD und der DDR engere Bande schaffen als etwa zwischen der BRD und Österreich, das noch aufgrund seiner kapitalistischen Wirtschaftsverfassung und Lebensweise und seiner bürgerlich-demokratischen Institutionen Westdeutschland viel näher steht? Die auf dem Stalin'schen Nationenbegriff basierende Schule mit ihrem Insistieren auf »objektiven Kriterien« wie einer gemeinsamen Sprache, einem geschlossenen Territorium, einem eigenen Wirtschaftsleben sowie einer »besonderen Volkpsyche« oder einem besonderen »Nationalcharakter«, die zudem noch alle gleichzeitig erfüllt sein müssen, erscheint uns viel zu schematisch für die komplexe Realität nationa-

ler Phänomene. Beispiele wie der jüdische Nationalismus (ob zionistisch oder nicht), der Schwarze Nationalismus in den Ghettos der USA oder das Wiedererwachen bereits eingeschmolzen geglaubter Volksgruppen in jüngster Zeit (Bretonen und Okzitanier in Frankreich, Waliser und Schotten in Großbritannien) zeigen, wie wenig von einem *kausalen* Zusammenhang zwischen ethnisch-kultureller Gemeinschaft und politischem Nationalbewußtsein die Rede sein kann und wie wenig sich nationale Identität, Nation und Nationalismus in ein Schema »objektiver Kriterien« pressen lassen. Viel fruchtbarer scheint es uns, den Nationalismus als primär politische Ideologie und Bewegung und die Nation als primär politische Einheit zu begreifen, für die ethnisch-linguistische, kulturelle, ökonomisch-soziale, religiöse usw. Gemeinsamkeiten zwar das *typische* »Rohmaterial«, aber nicht die eigentliche Quelle politischer Mobilisierung darstellen. Die konkreten Bedingungen seiner politischen Aktivierung müssen jeweils im historischen Kontext untersucht werden: Die Nation und der Nationalismus begründen politische Legitimität auf der Grundlage einer (nicht nur eingebildeten) nationalen Interessengemeinschaft, die sich im frühbürgerlichen Europa etwa gegen das dynastische Legitimitätsprinzip des Feudalismus richtete und je nach konkreter Lage mit fortschrittlichen oder reaktionären Inhalten gefüllt werden kann. Im Zusammenhang mit der Deutschen Frage scheint uns ein solcher Ansatz geeignet zu sein, einen romantisierenden, von realen sozio-politischen Gegebenheiten abstrahierenden, Kulturnationalismus sowie sein Gegenstück, die scheinmaterialistische Verneinung bestehender subjektiver Bewußtseinsströmungen, gleichermaßen zu vermeiden. Die nationale Frage interessiert uns daher vor allem in ihrem Zusammenhang mit der sozialen Frage in beiden deutschen Staaten: Es geht uns nicht um die staatliche Einheit (»Wiedervereinigung«) als solche, sondern um die Frage nach der politischen Legitimität und Stabilität des deutsch-deutschen Status quo und die Hindernisse und Möglichkeiten, die sich aus der nationalen Spaltung Deutschlands für Sozialisten in der BRD und DDR ergeben.

1.2 Arbeiterbewegung und Nation in Deutschland vor 1945

Es ist heute weitgehend unstrittig, daß die Entstehung von Nationalstaaten im Zusammenhang mit der Herausbildung und Entwicklung der industriell-kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft zu sehen ist. Das gängige marxistische Konzept der »bürgerlichen Revolution« wird jedoch allzuoft idealtypisch verkürzt, indem von den nationalen Besonderheiten des realen Geschichtsprozesses abstrahiert wird, die jedoch einen konstitutiven Bestandteil der jeweiligen Gesellschaftsformation bilden und als solche auch in die Ausarbeitung einer angemessenen Strategie des politischen und ideologischen Kampfes eingehen müssen. Die sich aus der von der geographischen Mittellage geförderten, von den Religionskriegen vertieften, partikularistischen Zersplitterung Deutschlands bis ins 19. Jahrhundert ergebende Verzögerung der Herausbildung einer gesamtationalen Wirtschaftsverflechtung und politisch geeinten und selbstbewußten Bourgeoisie ist eine solche nationale Besonderheit, die den Prozeß der bürgerlichen Umwälzung und nationalen Einigung in Deutschland von den »Musterfällen« Frankreichs und Englands grundlegend unterscheidet⁵ und die deutsche Arbeiterbewegung vor besondere strategische Probleme gestellt hat. Ein bürgerliches Nationalbewußtsein hatte sich zunächst nur im Bereich der Kultur herausgebildet⁶, und war dann im Zuge der antinapoleonischen Befreiungskriege zwar politisiert, aber auch weitgehend gegen den westlichen Liberalismus und besonders den revo-

lutionären Jakobinismus gekehrt worden⁷. Die Niederlage der Revolution von 1848, die Unterwerfung eines zunehmend soziokulturell »feudalisierten«⁸ Bürgertums unter die politische Führung des agrarkapitalistischen Junkeradels, die »kleindeutsche« Einigung unter preußischer Hegemonie, die Integration der entscheidenden bürgerlichen Kräfte in den herrschenden Machtblock⁹ des Bismarckreiches machten die sozialistische Arbeiterbewegung zur führenden und bisweilen einzigen Kraft im demokratischen Kampf. Doch die seit 1875 geeinte, 1878 bis 1890 illegalisierte Sozialdemokratie vernachlässigte über der notwendig primären Aufgabe, die Arbeiter als Klasse zu organisieren und ideologisch zu »erziehen«, die Entwicklung einer strategisch (und nicht nur wahltaktisch) ausgerichteten Bündnispolitik zugunsten eines theoretischen und praktischen Klassenreduktionismus. Die strategischen Angebote und Experimente der Reformisten knüpften nicht an den Volksprotest der in ihren demokratischen und nationalen Hoffnungen enttäuschten Mittelschichten an, sondern hatten ausschließlich parlamentarische Kombinationen mit der liberalen Bourgeoisie zum Ziel¹⁰. Die Akzeptierung des »Burgfriedens« 1914 ist so nicht nur als Kapitulation vor dem imperialistischen Chauvinismus, sondern auch als Ausdruck strategischer Hilflosigkeit zu werten: eine eigene proletarisch-demokratische National- und Kriegspolitik (wie etwa von R. Luxemburg in der Junius-Broschüre skizziert)¹¹ ging über den Horizont der meisten Sozialdemokraten hinaus.

Die Unfähigkeit der Arbeiterbewegung, das deutsche Nationalproblem theoretisch und praktisch in den Griff zu bekommen, setzte sich in der Weimarer Republik fort. Die Identifikation einer nunmehr völlig dem bürgerlichen Parlamentarismus verschriebenen SPD mit der nationalen Erniedrigung durch den Versailler Friedensvertrag und der proletarische Klassenreduktionismus der KPD konnten den Übergang von großen Teilen der anfangs für demokratische Strukturereformen durchaus offenen kleinbürgerlichen Massen ins antirepublikanische Lager nicht aufhalten¹². Die Bekämpfung der SPD als »sozialfaschistisch« isolierte die KPD nicht nur von einer sich als letzte Stütze des Weimarer Staats verstehenden Sozialdemokratie, ihr »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« von 1930¹³ konnte aufgrund seines demagogischen Charakters den »nationalen Kommunismus« nur diskreditieren. Die Arbeiterbewegung stand dem Faschismus so ideologisch desorientiert, von den Massen des Kleinbürgertums sozial isoliert, und parteipolitisch gespalten gegenüber¹⁴.

In den selbstkritischen Bilanzen der Arbeiterbewegung nach der faschistischen Machtergreifung wurde das Anwachsen des Nationalsozialismus oft einseitig mit der parteipolitischen Spaltung des Proletariats erklärt. So wichtig diese Einsicht ist, so wenig darf darüber vergessen werden, daß ein zentrales Element der Nazi-Massenbasis in der Artikulation plebejischer und kleinbürgerlicher Rebellion gegen die soziale Ausbeutung und nationale Erniedrigung durch das »System« (auf nationaler und internationaler Ebene) bestand¹⁵. Durch ihre Unfähigkeit, mit der Entfaltung einer eigenen Nationalpolitik gegen die Versailler Ordnung und eine demokratische Bündnispolitik gegen die herrschende Oligarchie der Hitler-Demagogie dieses Protestpotential streitig zu machen, trugen beide Arbeiterparteien zumindest ebensoviel zur Katastrophe von 1933 bei. Wie die Erfahrung nach 1945 zeigen sollte, war auch die Umorientierung der Komintern auf die »Volksfront« 1935¹⁶ mehr Adaption an das außenpolitische Kalkül Stalins als Beginn eines wirklichen Lernprozesses. Für einen solchen Lernprozeß war es angesichts der fortgeschrittenen Degenerierung der Komintern in den 30er Jahren wohl auch schon zu spät. Sicherlich zu spät kam diese Wende (und gleichzeitig in der Exil-SPD entwickelte Neuansätze) für Deutsch-

land, in dem der faschistische Terror inzwischen Bourgeoisie wie Proletariat politisch gründlich atomisierte. Entgegen allen späteren Konstruktionen der bürgerlichen »Vergangenheitsbewältigung« vom »Nazismus als auf die Spitze getriebenem Nationalismus« wurde die Reichsidee unter Hitler gerade entnationalisiert und verkam zum arischen, »großgermanischen« Rassismus¹⁷. Die unter antifaschistischen Widerstands- und Exilgruppen weitverbreitete Parole von der »Rettung der Nation« war insofern durchaus mehr als nur eine agitatorische Phrase – das Problem für die sozialistische Arbeiterbewegung war jedoch, sich dieser Aufgabe nach Kriegsende gewappnet zu zeigen und den Begriff der Nation über die staatliche Einheit hinaus mit einer populär-demokratischen Nationalidentität »von unten« zu füllen.

2. Die Deutsche Frage seit 1945

2.1 Die Teilung Deutschlands, 1945 - 55

Das deutsche Volk war nicht imstande, den Nazismus aus eigener Kraft zu stürzen; mehr noch, es vermochte auch keinen wesentlichen Beitrag zur militärischen Niederwerfung des Hitlerfaschismus von außen zu leisten. Daß die Alliierten vieles getan hatten, um die deutschen Volksmassen an die Nazis zu binden und die Antinazis zu entmutigen (Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, Bombardierung von Wohnvierteln auf anglo-amerikanischer; harte Behandlung von Kriegsgefangenen und massive Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung bei der Eroberung der Ostprovinzen auf sowjetischer Seite), ändert nichts an dieser für die Nachkriegsentwicklung grundlegenden Tatsache.

Die Antifaschisten, die sich im Umbruch sogleich auf Ortsebene zusammenfanden und den Wiederbeginn des gesellschaftlichen Lebens zu organisieren versuchten¹⁸, mußten in Rechnung stellen, daß das deutsche Volk zum Objekt der Politik der Besatzungsmächte geworden war. Die drei Siegermächte, deren politische Führer in Jalta (5. - 11. 2. 1945) ihre Einflusssphären, wenn auch ohne formellen Teilungsvertrag, voneinander abgegrenzt hatten, vereinbarten in Potsdam (17. 7. - 2. 8. 1945) eine gemeinsame Militärregierung auf Konsensbasis (ansonsten lag die oberste Autorität bei den Militärgouverneuren der einzelnen Besatzungszonen, deren eine den in Potsdam nicht vertretenen Franzosen zugeteilt war), die vorläufige Angliederung der Oder-Neiße-Gebiete an Polen bzw. die Sowjetunion samt Aussiedlung der dortigen deutschen Bevölkerung und die Abtrennung des Saargebietes, »Entmilitarisierung«, »Entnazifizierung«, »Demokratisierung«, industrielle Entflechtung, Reparationen und teilweisen Abbau der Industrie. Juristisch gingen die Potsdamer Beschlüsse von der Fortexistenz eines deutschen Staates aus, dessen Wirtschafts- und Verwaltungseinheit auch institutionell abgesichert werden sollte (die Einrichtung der Zentralverwaltungen scheiterte am Widerstand der Franzosen); andernfalls wäre auch die Bildung einer besonderen Vier-Mächte-Einheit Berlin inmitten der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) widersinnig gewesen¹⁹. Die Formelkompromisse des Abkommens, die gegensätzliche Ausdeutungen zuließen, konnten den Beginn des Kalten Krieges nicht überdauern. Der Ost-West-Konflikt spitzte sich ursächlich nicht wegen Deutschlands seit 1946 zum Kalten Krieg zu; die Auseinandersetzungen in und über Deutschland spielten dabei jedoch eine zentrale Rolle und bestimmten ganz entscheidend die spezifischen Formen, die der Weltmacht- und Systemkonflikt annahm. Während es für Frankreich und Großbritannien

darum ging, durch wirtschaftliche und territoriale Schwächung Deutschlands die eigene Stellung als imperialistische Großmächte zurückzugewinnen bzw. zu bewahren (bei Churchill schon überlagert von antirussischer Eindämmungspolitik), spielten unmittelbare Konkurrenz- oder Vergeltungsmotive für die USA eine weit geringere Rolle. Als eindeutige Führungsmacht eines in der Konfrontation mit der Sowjetunion entstehenden kapitalistischen »Lagers«, deren Interesse auf ungehinderten Kapital- und Warenfluß gerichtet war (»One World«), auf Wiederherstellung eines einheitlich liberal-kapitalistischen Weltmarkts und Verbreitung der vermeintlich dazugehörigen parlamentarischen Regierungsform, lag die Bedeutung Deutschlands aus der Sicht der USA in seiner ökonomischen und zunehmend militärischen Schlüsselposition für den kapitalistischen Wiederaufbau Europas²⁰.

Für die Herrschaftselite der trotz militärischen Sieges durch Bevölkerungsverluste und Zerstörungen stark geschwächten Sowjetunion kam es darauf an, das neu gewonnene Einflußgebiet in Ost- und Südosteuropa definitiv zu sichern. Diesem Ziel diente die stufenweise Entmachtung und Enteignung der herrschenden Klassen seit 1944/45. Alles deutet darauf hin, daß Stalin sich für die SBZ in Deutschland mehrere Optionen offenhielt. Die weitgehende zeitliche und inhaltliche Parallelität zwischen der »Revolution von oben« in Osteuropa und in Ostdeutschland beweist zunächst nicht mehr, als daß die SBZ als Faustpfand für eine gesamtdeutsche Lösung (sei es mit den Deutschen, sei es mit den Westmächten zu Lasten der Deutschen) politisch gleichgeschaltet und zu diesem Zweck auch sozial umstrukturiert werden mußte, um den sowjetischen Besitzanspruch überhaupt realisieren zu können. Unter diesem Gesichtswinkel mußte die Sowjetunion die Herstellung der überzonalen Wirtschaftseinheit verweigern, bevor nicht Klarheit über die weitere Behandlung Deutschlands bestünde²¹.

In dem spätestens im September 1946 mit einer Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes vor deutschen Amtsträgern in Stuttgart eingeleiteten offenen Wettbewerb der Weltmächte um die Unterstützung der Deutschen war der Spielraum der Sowjetunion wesentlich kleiner als der der USA. Ihre Besatzungspolitik in der SBZ (mit außerordentlich weitgehenden Demontagen und Reparationen) ließ die Erinnerungen an den Einmarsch der Roten Armee, an Plünderungen und Vergewaltigungen, nicht verblasen. Die den Polen überlassenen landwirtschaftlichen Überschußgebiete galten angesichts von Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen im hungernen Rumpfdeutschland allgemein als unverzichtbar. Daß die Sowjetunion seit 1946 einen deutschen Einheitsstaat anbot, rief eher Mißtrauen hervor, da sie gleichzeitig für besonders hohe Reparationsfestlegungen und eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets eintrat²².

Diese Hinweise lassen es eher begreiflich erscheinen, daß die Politik der USA, die zweifellos die Initiative für die Spaltung ergriffen, bei den Betroffenen nicht auf breiteren Widerstand stieß. In USA setzten sich seit dem Tod Roosevelts (12. 4. 1945) die Anhänger einer Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion – unter Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen Deutschlands – nach und nach durch. Statt der territorialen Saturierung und Zähmung der Sowjetunion auf Kosten Deutschlands, im Interesse langfristiger Aufweichung des sowjetischen Systems (so sah das Konzept des Finanzministers Morgenthau aus), sah die neue Administration Trumans die Isolierung der UdSSR als einzig mögliche Strategie an, sofern diese sich nicht »kooperationswillig« zeigte²³. Die Schaffung des britisch-amerikanischen Wirtschaftsgebiets zum Jahresanfang 1947 (Bizone) mit deutschen Verwaltungs-Institutionen stellte einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Grün-

dung der Bundesrepublik dar. Nach dem Scheitern der Außenministerkonferenz der Siegermächte im November/Dezember 1947 in London und infolge der Annäherung Frankreichs an die USA stellte die folgende Londoner Sechs-Mächte-Konferenz des Westens mit ihren Empfehlungen für die wirtschaftliche Integration Westdeutschlands in Westeuropa und die Ausarbeitung einer Verfassung die Weichen für die Bildung eines westdeutschen Separatstaates. Dabei mußten die westdeutschen Ministerpräsidenten im Sommer 1948 zur Mitarbeit an diesem Unterfangen in der beabsichtigten Form von den Militärgouverneuren der Westmächte durch Druck und Drohungen genötigt werden. Die Sowjetunion antwortete auf die Londoner Empfehlungen am 20. März 1948 mit dem Auszug ihres Vertreters aus dem Alliierten Kontrollrat; auf die westdeutsche Währungsreform folgten die Berliner Blockade und die Teilung Berlins. Dem im September 1948 aus den Länderparlamenten gebildeten »Parlamentarischen Rat« zur Ausarbeitung einer westdeutschen Verfassung stand der im Zuge der SED-geführten Volkskongreßbewegung mit einem gesamtdeutschen Anspruch schon in März 1948 in Ost-Berlin gebildete »Deutsche Volksrat« gegenüber²⁴.

Die Spaltung Deutschlands, die 1949 in der Gründung der BRD und der DDR resultierte, wurde zwar von den Siegermächten, namentlich den USA, betrieben, konnte aber nur gelingen, weil sie mit den sozialen und politischen Auseinandersetzungen in Deutschland selbst verknüpft war, die sich auf Gemeinde- und Länderebene im Rahmen einer von den Besatzungsmächten eng begrenzten parlamentarischen Ordnung abspielten (im Osten von Anfang an überlagert durch die Blockbildung der Parteien unter Führung der KPD bzw. SED). Die neu konstituierten bürgerlichen Parteien befanden sich nach der totalen Niederlage des deutschen Imperialismus ideologisch in einer besonders schwierigen Situation; demokratische und christlich-soziale Gruppen konnten zeitweilig die Programmatik dieser Parteien (CDU/CSU und LPD/FDP) wesentlich mitbeeinflussen²⁵.

Der frühere Kölner Oberbürgermeister und Zentrumsrepublikaner Konrad Adenauer vermochte die Führungskrise der Bourgeoisie zu überwinden, da er ein politisches Konzept besaß, das sich weitestgehend in die amerikanische Strategie einfügte. Adenauer, der schon 1945 einen trizonalen Weststaat ins Auge gefaßt hatte, brachte eine historische Neuorientierung des (west)deutschen Bürgertums zuwege, indem er sich zunehmend mit der Auffassung durchsetzte, mit der nationalstaatlichen Tradition des deutschen Imperialismus müsse gebrochen werden. Nur die vorbehaltlose Integration in den Westen – möglichst in supranationalen Formen – böte die Chance, dem neuen westdeutschen Staat nach und nach die Gleichberechtigung zurückzugewinnen. Eine solche grundlegende strategische Wende in der Außenpolitik des deutschen Bürgertums war nur möglich im Zusammenhang einer Neustrukturierung des Machtblocks: Sowohl die ostelbischen Großgrundbesitzer als auch die in der Kontinuität des Bismarck-Reiches stehende protestantisch-preußische politische und militärische Führungsschicht fielen infolge der Abtrennung der Ostgebiete und der sozialen Umwälzung der SBZ ganz oder überwiegend aus. Für eine vorbehaltlos prowestliche Außenpolitik konnte der deutschnationale Flügel des bürgerlichen Lagers (innerhalb wie außerhalb der CDU) dennoch nur gewonnen werden, indem sie als sicherster Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands (in »Freiheit«), einschließlich der Oder-Neiße-Gebiete, angepriesen wurde²⁶. Die antikommunistische Mobilisierung diente also realpolitisch v.a. der ideologischen Formierung des Bürgerblocks nach innen, da sie erlaubte, christlich-abendländische Befreiungsparolen und nationalistisch-revanchistische Forderungen scheinbar widerspruchlos zu bündeln.

Die Wiedervereinigung konnte seitens der CDU daher nur als Kapitulation des Ostens konzipiert werden. (Allein diese Lösung eröffnete auch die Chance, gesamtdeutsche Wahlen zu gewinnen). Der Rückzug der Sowjetunion aus Ostdeutschland sei durch Beteiligung der Bundesrepublik an einer integrierten westlichen Streitmacht zu erreichen. Die dadurch bewirkte Veränderung des Kräfteverhältnisses würde die UdSSR ohne Krieg zum Nachgeben veranlassen. Es lag in der Logik dieser Position, daß Adenauer nicht nur alle Gesprächsangebote der DDR-Regierung, die der westdeutschen Forderung nach kontrollierten gesamtdeutschen Wahlen weit entgegenkam, abwies, sondern auch die zwischen 1952 und 1955 zur Verhinderung des bevorstehenden EVG- bzw. NATO-Beitritts der Bundesregierung von der Sowjetunion gemachten Vorschläge, eine Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen in den Grenzen von 1945 und in bewaffneter Neutralität zuzulassen. Die Angebote richteten sich formell an die westlichen Alliierten, waren aber vorwiegend auf Westdeutschland berechnet. Ein Eingehen auf diese Vorschläge hätte den Bruch mit Amerika bedeutet, das an einer solchen Lösung nicht das geringste Interesse hatte, und damit auch den inneren Status quo Westdeutschlands in Frage gestellt. Deshalb konnten die auf Verständigung mit der UdSSR orientierten Deutschlandpolitiker und Publizisten im bürgerlichen Lager immer wieder isoliert werden²⁷.

Nur in der Konfrontation mit dem »Kommunismus« und nur unter Ausklammerung der alten Hochburgen der Arbeiterbewegung in Ostdeutschland konnte die Verschiebung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Bourgeoisie so reibungslos vorstatten gehen, nachdem die amerikanische Besatzungsmacht in den einzelnen Ländern durchgesetzte Strukturreformen (Teilentzignungen, paritätische Mitbestimmung der Betriebsräte) suspendiert oder eine Suspendierung bewirkt hatte²⁸. Die Währungsumstellung im Juni 1948 markierte den Sieg der neoliberalen Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards über den Bewirtschaftungs-Dirigismus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Bereits vorher war mit der Zustimmung zum Marshallplan (auch seitens der SPD und der Gewerkschaften) faktisch die Entscheidung für die kapitalistische Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft im Rahmen der westeuropäischen Wirtschaft gefallen. blieb die Verbesserung der materiellen Lage der Volksmassen zwar zunächst noch höchst bescheiden, so reichte sie doch nach den Jahren des Elends und mangelnden Warenangebots aus, die Arbeiterparteien bei der ersten Bundestagswahl 1949 auf ein gutes Drittel der Stimmen (im Verhältnis 5 zu 1) zu reduzieren.

Nachdem die seit 1947 geltende Montanmitbestimmung von den Gewerkschaften 1951 noch hatte verteidigt werden können, entschied die von Streiks und Demonstrationen geprägte Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz 1952, daß die kapitalistische Ordnung der Bundesrepublik ohne wesentliche »wirtschaftsdemokratische« Elemente weiterentwickelt werden würde. Da die Gewerkschaften vor einer massiven außerparlamentarischen Mobilisierung zurückschreckten, mußten sie eine schwere Niederlage hinnehmen²⁹. Das Ergebnis der 1953er-Wahlen (großer Erfolg Adenauers auf Kosten der kleineren bürgerlichen Parteien, aber auch starke Verluste der KPD bei Stagnation der SPD) stabilisierte den CDU-Staat und sicherte endgültig jene außenpolitische Konzeption ab, die die BRD 1955 in die NATO führte.

Die gleichzeitige Entwicklung in der SBZ/DDR zeigte eine erstaunliche Parallelität. Hier steuerte eine Gruppe innerhalb der politischen Führung um Walter Ulbricht von vornherein auf die Beschleunigung der »Sowjetisierung« ohne Rücksicht auf die Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung, insbesondere die KPD, in Westdeutschland hin und benutzte

dabei ab 1948 eine sich verschärfende befreiungsnationalistische Rhetorik (gegen »koloniale Versklavung« Westdeutschlands, »Deutschland den Deutschen«). In der Masse der deutschen Bevölkerung wurde diese Rhetorik im Hinblick auf die sowjetapologetische Haltung der SED/KPD zur Oder-Neiße-Grenze, zur Rückkehr der Kriegsgefangenen, zur sowjetischen Besatzungspolitik nicht ernst genommen. Die gleich nach Kriegsende wie in den Westzonen auch in der SBZ gebildeten einflußreichen autonomen Betriebsräte wurden 1948, beim Übergang zu stärker zentralisierter Wirtschaftsplanung und Lohndifferenzierung, durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen ersetzt. Die Niederschlagung des 17.-Juni-Aufstands 1953 brach schließlich den inhaltenden Widerstand der ostdeutschen Arbeiter gegen die Einführung des sowjetischen Gesellschaftsmodells und ermöglichte Ulbricht überdies die Ausschaltung der deutschlandpolitisch kompromißbereiten Gruppe um Zaisser und Herrstadt³⁰.

2.2 Die beiden deutschen Staaten als Spaltungsprodukte

Die einst von Willy Brandt auf die Bundesrepublik gemünzte Beschreibung als »politischen Zwergs, aber ökonomischen Riesen« hätte ebenso gut für die DDR gelten können. Spätestens zu Beginn der 60er Jahre hatten sich beide deutsche Staaten zu den industriellen Schrittmachern ihrer jeweiligen Hälfte Europas und zu verlässlichen »Juniorpartnern« ihrer jeweiligen Führungsmacht entwickelt. Ihr außenpolitisches Gewicht blieb jedoch weit hinter dem etwa Frankreichs und Polens zurück, die BRD mit der Hallstein-Doktrin auf eine eigene Ostpolitik fast völlig verzichtend und die DDR international weitgehend isoliert. Zudem waren die Teilstaaten so eng mit den USA bzw. der UdSSR identifiziert – mit dem Verbleib der US- bzw. Roten Armee und der Amerikanisierung bzw., wenn auch weniger erfolgreichen, Sowjetisierung des kulturellen Lebens als augenfälligen Symbolen des Klientenstatus – daß sie selbst im eigenen Block kaum glaubhaft eigenständige Positionen vertreten konnten. Die sozialliberale »Neue Ostpolitik« und die Unterzeichnung des Grundlagenvertrags haben zwar den formellen außenpolitischen Spielraum beider Seiten erheblich erweitert, aber – wie die derzeitigen Debatten um die nukleare Aufrüstung und die polnische Krise zeigen – sie durchaus noch nicht von den alten Zwängen der 50er und 60er Jahre befreit. Die gegenwärtige Diskussion um das westdeutsche Verhältnis zu den USA und Westeuropa einerseits und zur DDR und Sowjetunion andererseits zeigt, wie sehr auch heute noch die deutsche Politik und die Deutschlandpolitik im Korsett des europäischen Nachkriegs-Status-quo gefangen bleiben.

Aber auch innenpolitisch sind BRD wie DDR tief von der deutschen Spaltung und europäischen Blockkonfrontation gezeichnet. Die BRD ist ebensowenig ein »normaler« westeuropäischer Nationalstaat, wie die DDR ein »normaler« osteuropäischer Nationalstaat ist. Schon die Tatsache, daß der Übergang von der Kalten-Kriegs-Konfrontation zur Entspannungspolitik in beiden Staaten schwere innere Erschütterungen auslöste – Barzels versuchter Regierungssturz und die bisher einzige vorzeitige Parlamentsauflösung in der BRD 1972, die Ablösung Ulbrichts und nicht nur deutschlandpolitische Umorientierung der SED in der DDR 1971³¹ – ist Beleg dafür, daß ihr Verhältnis zueinander ein qualitativ anderes als das zwischen etwa Frankreich und der CSSR oder Großbritannien und Polen ist: ein Verhältnis der gegenseitigen Fixierung aufeinander, das nur bei bewußter Bezugnahme auf die nationale Frage ihre innere politische Entwicklung überhaupt richtig interpretierbar macht. Die BRD ist nicht ohne die DDR, die DDR nicht ohne die BRD denkbar.

2.2.1 Die Bundesrepublik

Der »CDU-Staat« Konrad Adenauers gründete ideologisch auf der Verdrängung der antifaschistischen »Vergangenheitsbewältigung« durch die antikommunistische Abgrenzung. Angesichts der nationalen Spaltung wurde hier die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus im Zeichen der Totalitarismustheorie zum theoretisch-ideologischen Fundament des Staatswesens: Unter Anknüpfung an traditionell anti-preußische und föderalistische Elemente des westdeutschen politischen Katholizismus und von Teilen des Liberalismus und an die Erfahrungen der sozialdemokratischen Arbeiter mit der Rolle der KPD in der Endphase der Weimarer Republik³² entstand in der BRD eine besondere Variante des Antikommunismus, die sich qualitativ vom Antikommunismus anderer westeuropäischer Länder selbst zur Hochzeit des Kalten Krieges unterschied. Die Abwehr der bolschewistischen Bedrohung wurde zum Ersatz für ein National- und Geschichtsbewußtsein, die willige Anpassung an die »christlich-abendländliche« Zivilisation der westlichen Siegermächte zur Ersatzidentität. Insofern bestand auch kein Widerspruch zwischen dem Wiedervereinigungsanspruch und der Westintegration: mit der Definition der Wiedervereinigung als Rückeroberung der DDR für die »freie Welt« wurde die nationale Frage effektiv neutralisiert und für die innenpolitische Formierung instrumentalisiert. Nicht zufällig war die SPD die einzige der großen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, in der die Rechtsentwicklung der 50er Jahre zur programmatischen Fundamentalrevision (Godesberg) führte³³.

Der Regierungswechsel 1966/69 und die Einleitung einer »Neuen Ostpolitik« hatten zwar eine partielle innenpolitische Liberalisierung zur Folge (Erosion des hysterischen Antikommunismus, legale DKP-Gründung), die Grundlagen der politischen Kultur Westdeutschlands blieben jedoch zwangsläufig unangetastet, solange die BRD westeuropäischer Hauptstützpfiler der Blockarchitektur von Jalta blieb. Die Rückkehr zur Ost-West-Konfrontation in den späten 70er Jahren machte daher die Grenzen sozialliberaler Friedens- und Entspannungspolitik unübersehbar: innenpolitisch in der Zange zwischen CDU-Op- und Friedensbewegung, außenpolitisch zwischen den Tributforderungen an den neuen Kurs der »Schutzmacht« USA und dem Interesse an der Konsolidierung und Weiterentwicklung der Ostpolitik, findet sich die Bonner Koalition in einer tiefen Krise, die letztlich nur entweder durch die Kapitulation vor dem amerikanischen Druck oder durch einen Bruch mit den USA lösbar ist. Zu einem Bruch hat die westdeutsche Sozialdemokratie – von der FDP ganz zu schweigen – nach dreißigjähriger, energischer Selbsterziehung im »Geist des atlantischen Bündnisses« jedoch kaum noch die innere Kraft: eine solche Politik würde die Infragestellung nicht nur der außenpolitisch-militärischen, sondern auch der ideologischen und sozialen Identität des Frontstaats Bundesrepublik bedeuten. Für die SPD stünden nicht nur der »Doppelbeschuß« und die NATO-Mitgliedschaft, sondern Godesberg selbst auf dem Spiel. Weniger noch als anderswo lassen sich hier Innen- und Außenpolitik voneinander trennen.³⁴

Um aber reibungslos herrschaftsstabilisierend wirken zu können, bedarf dieser enge Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik einer Harmonie von internationalen Rahmenbedingungen und innenpolitischen Konstellationen, wie sie nur in den fünfziger Jahren (Kalter Krieg, Adenauer-Regime, Antikommunismus, »Wirtschaftswunder«) und 1969 bis 1972/73 wirklich gegeben waren. Die Regierung Schmidt-Genscher findet sich heute als Resultat der wirtschaftlichen, ideologischen und weltpolitischen Tendenzwenden der 70er

Jahre mit einer wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung konfrontiert, die in der unaufhaltsam scheinenden Rückkehr der CDU/CSU zur Macht einerseits, und dem flächenbrandartigen Ausweiten der Alternativ- und Friedensbewegung andererseits ihren Niederschlag findet. Die gegenwärtig so vielbeschworene »Angst« der Westdeutschen bringt als widersprüchliche Tendenzen die Suche nach der verlorenen Sicherheit der Adenauer-Ära und die über den Sozialliberalismus hinausweisende, radikale Infragestellung des deutschen Status quo hervor. Die Grundsatzdebatte um die innere Verfassung und äußere Orientierung der BRD wird damit erstmals seit den 50er Jahren wieder eröffnet. Damit kommt auch die nationale Frage wieder auf die Tagesordnung: nicht aber als reaktionäre Wiedervereinigungsromantik der antikommunistischen Ostreiter, sondern als Frage nach den konkreten Bedingungen für Frieden und Fortschritt im geteilten Deutschland.

2.2.2 Die DDR

In der Bundesrepublik wurde das Defizit an nationaler Identität und nationalem (Selbst-) Bewußtsein durch den Wirtschaftsaufschwung und die »re-education« der Bevölkerung zu den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie angelsächsischen Vorbilds, vor allem aber die am Kontrastmodell der DDR fixierte antikommunistische Mobilisierung zumindest soweit neutralisiert, daß die politische Legitimität des Bonner Staates bisher nicht offen infragegestellt wurde.³⁵ Die DDR befand und befindet sich in einer grundlegend anderen Position: von vornherein durch die ökonomische Geographie der deutschen Teilung und die zumindest in den Anfangsjahren strikt punitive Besatzungspolitik der Sowjetunion im wirtschaftlichen Hintertreffen, erstickte das bürokratische Regime mit jeder Form unabhängiger, demokratischer Massenaktivität zugleich auch das ursprünglich in den »mitteldeutschen« Hochburgen der Arbeiterbewegung durchaus vorhandene Legitimitätspotential für einen sozialistisch-kommunistischen Neubeginn. Westdeutschland wurde für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung trotz aller Anstrengungen der SED-Propaganda nicht zum herrschaftsstabilisierenden Feindbild, sondern zum glitzernden Konsumleitbild und politischen Alternativmodell. Das DDR-eigene »Wirtschaftswunder« der 60er und 70er Jahre, die sportlichen Erfolge auf internationaler Ebene, die weltweite diplomatische Anerkennung nach 1972 und die medienvermittelte Erfahrung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftskrise im vormals »goldenen Westen« haben dieses Bild wohl relativiert, aber kaum grundlegend verändert. Der Fixpunkt für Vergleiche mit der eigenen Situation ist und bleibt die BRD, nicht Osteuropa.

Seit ihrer Gründung sieht sich die SED-Führung also mit der BRD nicht nur als äußerem, sondern gewissermaßen auch »innerem« Feind konfrontiert. Der in dem westlichen Teilstaat die politische Sprengkraft der nationalen Frage so effektiv neutralisierende direkte Vergleich zwischen beiden deutschen Staaten bezüglich des materiellen Lebensstandards und der demokratischen Bürgerrechte bewirkte in der DDR genau das Gegenteil. Die nationale Frage braucht hier nicht erst »wiederentdeckt« zu werden, sie hat durchgehend die politische Praxis und das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmt.

In der nationalen Politik der SED seit der Staatsgründung 1949 lassen sich grob drei Phasen unterscheiden. In der ersten Phase, bis etwa 1955, stand die Wiedervereinigungsfrage nicht nur rhetorisch-propagandistisch im Vordergrund: die Spaltung Deutschlands erschien durchaus noch nicht besiegelt, und vor allem in Moskau deutete sich immer wieder

die Tendenz an, die staatliche Existenz der DDR als Tauschobjekt gegen die Aufrüstung und Westintegration der Bundesrepublik zu setzen. Erst als die Vorbereitung des westdeutschen NATO-Beitritts allen Spekulationen auf ein vereinigtes, blockfreies Deutschland endgültig ein Ende bereitet hatte, warf Chruschtschow auf der Rückreise von der Genfer Konferenz das Gewicht der Sowjetunion unzweideutig hinter die Absicherung der »sozialistischen Errungenschaften« der DDR.³⁶ Obwohl die Propaganda der SED auch weiterhin von der Fortexistenz einer deutschen Nation und dem Ziel der Wiedervereinigung ausging, wurden ab 1955 doch andere Akzente gesetzt: Konföderationsprojekte – also die stufenweise Annäherung zwischen beiden Staaten – traten nun an die Stelle der direkten Herstellung einer gesamtdeutsch-demokratischen Volkssouveränität (Volkskongreßbewegung 1947/48, unmittelbar gewählte Konstituante Anfang der 50er Jahre), das Streben nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR an die Stelle des Herausbrechens der BRD aus der westlichen Allianz als realpolitischen Zieles. Der Mauerbau 1961 beendete dann auch die Wiedervereinigungsträume auf westdeutscher Seite und ermöglichte die innere Konsolidierung der DDR, indem er den Arbeitskräfteabfluß gen Westen stoppte und die bis dahin individuell mögliche Emigrationsperspektive ausschloß.

Erst mit der Einleitung der »Neuen Ostpolitik« durch die neue Regierungskoalition in Bonn 1969 wurde eine grundlegende Umorientierung in der nationalen Frage notwendig. Die DDR-Führung geriet nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch gegenüber dem Osten in die deutschlandpolitische Defensive: entgegen der bis dahin von Ulbricht immer wieder vertretenen Position zeigte sich die Sowjetunion bereit, die Abkoppelung der Berlinverhandlungen von den deutsch-deutschen Beziehungen (Vorwegnahme der Viermächteverhandlungen vor eine Anerkennungsregelung) und eine deutlich unter der völkerrechtlichen Stufe liegende Form der DDR-Anerkennung durch die BRD zu akzeptieren.³⁷ Zum zweiten Male nach 1952/53 – als die Wiedervereinigungssignale aus Moskau Beunruhigung in der SED hervorriefen³⁸ – eröffnete sich ein Interessenkonflikt zwischen der DDR und der UdSSR, dessen Lösung durch den Personal- und Kurswechsel von Ulbricht zu Honecker nur noch einmal die Enge des eigenen deutschlandpolitischen Spielraums der SED und ihre prinzipielle Unterordnung unter die Sowjetinteressen unterstrich. Für die DDR war die verspätete Anpassung des deutsch-deutschen Verhältnisses an die internationale Ost-West-Entspannung nicht weniger problemträchtig als für die BRD; die zu Beginn der 70er Jahre entwickelte »Zwei-Nationen-Theorie« ist der Versuch, diese Probleme theoretisch-ideologisch in den Griff zu bekommen.

Vom theoretischen Standpunkt aus bedeutet die Formel von der »kapitalistischen Nation« der BRD und der »sozialistischen Nation« der DDR die Wiederbelebung (wenn auch in modifizierter Form) der Stalin'schen Definition der Nation anhand »objektiver Kriterien«. Bei aller scharfen Betonung des unterschiedlichen Klassencharakters der beiden deutschen Staaten und der verschiedenen Klassentraditionen, auf die sie aufbauten, war Ulbricht doch noch immer von der gemeinsamen Zugehörigkeit der »Krupps und Krauses« zur deutschen Nation ausgegangen, deren Fortexistenz ja auch noch in der DDR-Verfassung von 1968 festgeschrieben worden war.³⁹ Eine zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands wurde zwar auch jetzt nicht – wie verschiedene Aussagen Honeckers belegen⁴⁰ – völlig ausgeschlossen, aber von einer vorhergehenden sozialistischen Umwälzung in der BRD abhängig gemacht. Die »nationale Frage« war damit als tagespolitisches Thema ad acta gelegt. Die weiterbestehenden sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten mochten zwar verschiedenen Möglichkeiten für die Zukunft offenlassen, doch angesichts des realen Geschichts-

verlaufs der letzten Jahrzehnte gelte es im Interesse des guten Nebeneinanders und europäischen Friedens, den Status quo zu respektieren.

Das Insistieren auf der staatlichen *und* nationalen Eigenständigkeit der DDR ist sowohl nach außen wie nach innen gerichtet: nach außen vor allem gegen den Wiedervereinigungsvorbehalt der Bonner Ostpolitik und die Relikte des Bonner Alleinvertretungsanspruchs (Staatsangehörigkeitsfrage), nach innen gegen die »Westorientierung« der DDR-Bevölkerung und die sich aus der Erleichterung innerdeutscher Kommunikation im Gefolge der Verträge⁴¹ möglicherweise ergebenden Gefahren innerer Destabilisierung. Die Streichung der nationalen Frage aus dem propagandistischen Arsenal der SED wurde daher begleitet von einer Reihe flankierender Maßnahmen: der systematischen Umbenennung von Institutionen (»Deutschlandsender« in »Stimme der DDR« usw.), einen auf schnelle Hebung des Lebensstandards gerichteten wirtschaftspolitischen Kurs und vor allem die verstärkte Hervorhebung des Bündnisses mit der Sowjetunion und der Einbettung der DDR in das »sozialistische Lager«. Nach gerade sechs Jahren wurde 1974 der Hinweis auf die deutsche Nation aus der Verfassung gestrichen; eine derart hektische Umorientierung muß geradezu als indirekte Bestätigung der besonderen Brisanz der nationalen Frage in der DDR interpretiert werden.

Diese Brisanz ergibt sich nicht etwa aus der Existenz einer »Nationalbewegung« in der DDR, von der nicht die Rede sein kann. Eine offene Diskussion der nationalen Frage ist schon aus »systemimmanenten« Gründen unmöglich, aber solange die beiden deutschen Staaten in ihrer gegenwärtigen Blockeinbindung verharren und der europäische Status quo scheinbar unabänderlich und die Deutsche Frage damit scheinbar konkret nicht lösbar bleiben, ist die Resignation im Sinne der »normativen Kraft des Faktischen« ein vielleicht größeres Hindernis als die Repression.

Die Brisanz der nationalen Frage in der DDR ergibt sich vielmehr daraus, daß der DDR im Unterschied zu den anderen Ostblockstaaten eine spezifische nationale Identität fehlt. Es wird oft und zu Recht darauf hingewiesen, wie der Nationalismus in Polen, Ungarn, Rumänien usw. (sowie unter den nationalen Minoritäten der UdSSR selbst) heute eine wichtige Quelle wie Artikulationsform der Rebellion gegen die sowjetische (bzw. russische) Hegemonie im »sozialistischen Lager« ist. Was dabei leicht übersehen wird, ist die Bedeutung des Nationalismus auch für eine zumindest begrenzte Regimelegitimität dort, wo die kommunistischen Parteien sich mit dem Befreiungskampf gegen die Besetzung durch den deutschen Faschismus identifizieren und die von ihnen geführten Volksrepubliken unbestreitbare Modernisierungserfolge in der planwirtschaftlichen Überführung ihrer rückständigen Länder ins Industriezeitalter erzielen konnten (Ungarn, Bulgarien, Rumänien, auch Polen). Im Falle Ostdeutschlands jedoch wurden die Rote Armee als fremde Besatzungsmacht im besiegten Land, nicht als Befreier, die aus dem Moskauer Exil zurückkehrenden KP-Funktionäre als deren Erfüllungsgehilfen und nicht als siegreiche Widerstandskämpfer empfunden.⁴² Und die wirtschaftlichen Erfolge der DDR wurden und werden zuallererst am westdeutschen Gegenstück gemessen.

An der Zwei-Nationen-Theorie der SED ist ja nicht die prinzipielle Möglichkeit der Herausbildung einer separaten Nationalidentität durch tiefgreifende soziale und politische Umwälzungen in einem Teilgebiet einer größeren ethnisch-kulturellen Einheit falsch. Wäre die deutsche Spaltung das Ergebnis eines innerdeutschen Bürgerkriegs gewesen, in dem auf der einen Seite eine genuine sozialistische Revolution, auf der anderen Seite die bürgerliche Konterrevolution gesiegt hätte, dann hätte das unter Umständen Ausgangspunkt

einer nationalen Trennung sein können. Angesichts der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des »realen Sozialismus« in der DDR jedoch – die von ihrer Unterordnung unter die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion und der systematischen Unterdrückung jeder demokratischen Masseninitiative gekennzeichnet ist – wird die objektivistische Argumentation mit den unterschiedlichen sozialen Systemen zur leeren Hülse ohne die Substanz der subjektiven Nationalidentifikation, der nationalen und demokratischen Legitimität. Unabhängig davon, ob man grundsätzlich eine »historisch-objektive« Fortschrittlichkeit des östlichen planwirtschaftlichen Systems annimmt oder nicht, kann die sowjetische »Revolution von außen« ebensowenig die Massen gewinnen wie weiland die französisch-napoleonische: der die SED-Politik von Ulbrichts »überholen ohne einzuholen« bis zu Honeckers Intershops dominierende ökonomisch-materielle Wettlauf mit dem westdeutschen Konsumkapitalismus und die auch drei Jahrzehnte nach der Auflösung der SPD immer wieder intensiviertere Polemik gegen den »Sozialdemokratismus« sind beredter Tribut an die anhaltende Westorientierung in der Bevölkerung.

Gerade die Haltung dissidenter Kommunisten in der DDR zur nationalen Frage ist in diesem Zusammenhang bezeichnend. Waren die während der 50er Jahre wiederholt auftretenden Differenzen in der SED-Führung über das Tempo des »sozialistischen Aufbaus« und die Deutschlandpolitik vor allem Reflexionen der Moskauer Fraktionskämpfe zu einer Zeit, als die Deutsche Frage noch offen war bzw. offen scheinen konnte⁴³, so zeigten die Oppositionellen der sechziger und siebziger Jahre eine deutliche Neigung, die nationale Frage zugunsten der Existenzsicherung der von ihnen grundsätzlich bejahten DDR – die sie durch die Magnetkraft Westdeutschlands akut bedroht sahen – herunterzuspielen. Dieses Motiv zieht sich durch Äußerungen Havemanns und Biermanns von damals und wurde am deutlichsten von Rudolf Bahro artikuliert, der deswegen sogar zur vorsichtigen Kontrolle des Demokratisierungsprozesses riet.^{43a} Wenn schon linke Oppositionelle die von der nationalen Frage ausgehende staatliche Labilität der DDR fürchten, so gilt dies natürlich erst recht für den Funktionärskader der SED generell.

2.3 Die westdeutsche Sozialdemokratie

Der Vorbereitung und Gründung der beiden deutschen Separatstaaten war die geographische Fixierung der politischen Spaltung der Arbeiterklasse vorausgegangen. Dieser Vorgang trug durch die Schwächung bzw. Ausschaltung einer unabhängigen Arbeiterbewegung in West und Ost entscheidend zum Erfolg der Adenauer- und Ulbricht-Politik bei. Die Gründung einer einheitlichen sozialistischen Arbeiterpartei wurde im Zuge der Vereinigungskampagne der KPD seit Herbst 1945 auch als Garantie für die nationale Einheit Deutschlands angepriesen.⁴⁴ Ohne Zweifel hätte eine gesamtdeutsche vereinigte Arbeiterpartei in dieser Richtung gewirkt. Nachdem sich aber die KPD in den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende auf Geheiß ihres ZK überall gegen den spontanen Wunsch nach Gründung einer einzigen sozialistischen Partei gestellt und konkrete Angebote von sozialdemokratischer Seite ablehnend oder hinhaltend behandelt hatte, war die Basis für eine freiwillige Vereinigung unter den Sozialdemokraten – nicht zuletzt im Hinblick auf die politische Praxis der KPD in der SBZ – bereits deutlich schmaler geworden, als die Einheitskampagne der KPD begann.⁴⁵ Anfang 1946 war völlig klar, daß die SED nur (und das auch nur unter starkem Druck) in der SBZ und eventuell in Berlin gegründet werden könnte. Eine solche erzwungene Gründung – von der Mehrheit der Westberliner Sozialdemokraten

in einer Urabstimmung abgelehnt – konnte aber von den SPD-Mitgliedern in Westdeutschland nur als Ausschaltung der SPD als einer unabhängigen politischen Kraft (in der Tat ging es wesentlich darum) verstanden werden. Kurt Schumachers bedingungslos antikommunistische Position setzte sich damit endgültig in der West-SPD durch – umgekehrt tat Schumacher alles, um den Spielraum der ostdeutschen Sozialdemokraten um Groteswohl auf Null zu reduzieren. Die »zwangsvereinigte« SED als eigenständigen politischen Faktor zu behandeln und damit möglicherweise auch Tendenzen zur Selbständigkeit zu stärken, war für die westdeutsche SPD in ihrer großen Mehrheit seit 1946 ebenso indiskutabel wie die Aktionseinheit mit der noch durchaus relevanten westdeutschen KPD. Kurt Schumacher hatte schon 1945 die »Sozialdemokratisierung« der KPD-Anhänger als einzigen Weg zur Einheit der Arbeiterbewegung gekennzeichnet⁴⁶. Die westdeutsche KPD trug als Anhängsel der SED ihren Teil dazu bei, daß Schumachers Rechnung bis zu seinem Tod 1952 weitgehend aufging. Sie erntete den Unmut über die Sowjetunion und die SED, deren Wendungen sie – ungeachtet der realen Bedingungen in Westdeutschland – getreulich nachvollzog; ihre starke Stellung in Großbetrieben und in den Gewerkschaften ging ebenso wie ihre Wählerbasis schon seit etwa 1947 nach und nach verloren⁴⁷. Die schon kurz nach Gründung der BRD einsetzende Verfolgung war nicht die Ursache für den Niedergang der Partei; ohne die Selbstisolierung der KPD wäre die gegen sie gerichtete Repression in einem parlamentarischen System nicht durchführbar gewesen.

Der Erfolg Schumachers bei der Gewinnung früherer kommunistischer Wähler (und Mitglieder) für die SPD, ebenso wie bei der Durchsetzung seiner Linie in der SPD, hing von seiner Fähigkeit ab, die SPD glaubhaft als »Dritte Kraft« von dem »restaurativen« Bürgerblock im Westen und der »totalitären«, »gesinnungs-russischen« SED im Osten abzugrenzen – gesellschaftspolitisch wie außen- und deutschlandpolitisch. »Dritte Kraft« war die SPD der 40er und 50er Jahre für ihre Anhänger in der BRD ebenso wie für die große Zahl ihrer versteckten Sympathisanten in der DDR (die SPD-Führung ging, wahrscheinlich zu Recht, davon aus, daß die große Mehrheit der ostdeutschen Arbeiter an der Sozialdemokratie orientiert war, was sich auch in Wahlverhalten von DDR-Flüchtlings niederschlug)⁴⁸. Daß die Haltung der SPD-Spitze, unter dem Primat des Antikommunismus, grundsätzlich protestwlich war, trat im Bewußtsein der Massen, die den Antikommunismus überwiegend teilten, in den Hintergrund, da die SPD an einem (zunehmend substanzlosen) reformmistischen Konzept von »sozialistischer Neuordnung« festhielt und die Integration der BRD in den Westblock wegen ihrer Auswirkungen auf die Deutsche Frage ablehnte⁴⁹.

Die SPD befand sich vor 1959/60 in dem Dilemma, den Grundkonsens der BRD in maßgeblichen Teilen (liberalkapitalistische Westintegration) ablehnen zu müssen, gleichzeitig aber ein rein repräsentativ-parlamentarisches Demokratieverständnis zu pflegen. Sie war daher nicht gewillt und in der Lage, den vorwiegend von der organisierten Arbeiterbewegung getragenen Massenwiderstand gegen Remilitarisierung (ab 1950) und Atombewaffnung (ab 1957) bis zur Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat weiterzutreiben. Die SPD war im Unterschied zur CDU zwar nach dem Tod Schumachers bereit, die sicherheitspolitischen Interessen und das Machtprestige der Sowjetunion bei ihrer Wiedervereinigungspolitik in Rechnung zu stellen; den Massenprotest als Angriff auf den bundesrepublikanischen und gesamtdeutschen Status quo zu akzeptieren, hätte aber den Bruch auch mit der eigenen politischen Tradition und Rolle bedeutet. Die Demobilisierung der Bewegung durch die SPD wegen derer teils erfolgter, teil immanent notwendiger Radikalisierung bewies zugleich, wie weit die politische Kontrolle der Sozialdemokratie über die Ar-

beiterbewegung ging.⁵⁰

Die komplizierten sicherheitspolitischen Überlegungen über allseits akzeptable Rahmenbedingungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands⁵¹ (wie man hoffte, unter einer SPD-Regierung) waren indessen nicht so sehr wegen ihrer Einschätzung der sowjetischen als der amerikanischen Interessen anfechtbar. Für Wahlkämpfe, die in hohem Maße mit außenpolitischen Argumenten geführt wurden, eigneten sie sich nicht. In der Agitation der Rechten wurde die SPD wegen ihres Entgegenkommens gegenüber der UdSSR als pro-sowjetisch dargestellt. Der »Deutschlandplan« der SPD vom 18. März 1959⁵² wurde nach einem Jahr fast stillschweigend wieder fallen gelassen, ohne daß die eigene Anhängerschaft dafür mobilisiert worden wäre. Der Plan enthielt die bislang weitestgehende inhaltliche Alternative zur CDU-Deutschlandpolitik, indem er die Notwendigkeit einer schrittweisen Annäherung beider deutscher Staaten (im Rahmen einer atomwaffen- und paktfreien Entspannungszone in Mitteleuropa) klar aussprach und damit innere Veränderungen in der DDR wie der BRD in ganz anderer Weise als die Bundesregierung, die letztlich eine Ausdehnung des westdeutschen Systems nach Osten verlangte, teils explizit, teils implizit zum Thema machte. Mit ihrem »Deutschlandplan« kam die SPD Überlegungen entgegen, die von Oppositionellen in der SED (wie der Harich-Gruppe 1956)⁵³ angestellt wurden.

Daß die konstruktive Politik des Deutschlandplans nicht weiterentwickelt wurde, lag nicht so sehr an der mangelnden inneren Konsistenz, sondern an der außenpolitischen Umorientierung der SPD um 1960. Nachdem man in den 50er Jahren nur um 30% der Wähler für eine Alternative zum Bürgerblock hatte gewinnen können, sollte der Durchbruch jetzt mit einer »Umarmungstaktik« erreicht werden: Aufgabe der Reste sozialistischer Wirtschaftsprogrammatik in der Hoffnung, zur »Volkspartei« und zum Bündnispartner der modernistischen Kapitalfraktion zu avancieren, Anpassung an die Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Erst damit war der Grundkonsens der westdeutschen Gesellschaft perfekt, und die SPD wurde für die bürgerlichen Parteien koalitionsfähig. Das Godesberger Programm vom November 1959 (und ebenso die außenpolitische Rede Wehners im Bundestag vom 30. Juni 1960) reflektierte eine Bewußtseinsveränderung der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterklasse und zielte zugleich auf die Erfassung der katholischen Arbeiter und der lohnabhängigen Mittelschichten, ohne die Wahlen nicht zu gewinnen waren. Die Demoralisierung der älteren Arbeitergenerationen durch die epochale Niederlage von 1933 war keineswegs überwunden, sondern durch die »verhinderte Neuordnung« und die Spaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg bestätigt worden. Die Zerstörung der traditionellen Arbeiterkultur durch den Nazismus sowie die sozialen Umschichtungen im Verlauf und im Gefolge des Krieges wurde vom westdeutschen »Wirtschaftswunder«, dem lang anhaltenden Boom mit ständig wachsender Beschäftigungsrate und kontinuierlichen, fast kampflösen Reallohnzuwächsen, vollendet⁵⁴. Die Sicherung und der Ausbau des Erreichten wurden angesichts der negativen historischen Erfahrungen zu einem vorrangigen Ziel, politische Interessenvertretung mehr und mehr in diesem Sinne verstanden. Der Rückzug der Arbeiter aus dem inneren Parteileben und der relative (wenn auch nicht absolute) Rückgang des Arbeiteranteils an der Mitgliedschaft der SPD⁵⁵ signalisierten ein zunehmend passives Verhältnis der Arbeiterklasse zur Sozialdemokratie – wie *cum grano salis* auch zu den Gewerkschaften –, nicht aber eine Aufhebung der Verbindung. Diese kann sich nach wie vor auch außerparlamentarisch manifestieren, wie z.B. anlässlich des CDU-Mißtrauensvotums 1972.

Aus dieser Perspektive erscheint die neue Ost- und Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Koalition ab 1969 nicht als veränderte außenpolitische Strategie im Interesse der realistischen und am Osthandel orientierten Kapitalfraktionen (was sie auch war und ist), sondern als Kristallisationspunkt der (vielfach diffusen) Wünsche und Hoffnungen von Millionen Werktätiger und Intellektueller nach Frieden und Verständigung. Nicht zufällig begründet die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit Osteuropa und der DDR bis heute vor allem mit der Sicherung des Friedens und mit »menschlichen Erleichterungen«.

So sind denn auch die Anfänge der Neuen Ostpolitik in der Ernüchterung der Westberliner Senatspolitiker um Willy Brandt nach dem Mauerbau (13.8.1961) zu suchen. Die als »Politik der kleinen Schritte« bezeichneten Passierscheinabkommen der Jahre 1963 - 66 zielten langfristig auf »Wandel durch Annäherung« (Egon Bahr). Eingebunden in das westliche Bündnis, sollte die BRD den beginnenden Entspannungsvorgang zwischen den Weltmächten nachhaltig unterstützen und für die besonderen Anliegen der Nation nutzen. Im Verlauf eines längeren Prozesses ost-westlicher Annäherung, materialisiert in »bündnisüberwölbenden Absprachen«, könne es dann auch gelingen, die deutsche Einheit - in welcher staatsrechtlichen Form auch immer - wiederherzustellen.⁵⁶

Diese Konzeption legte die SPD-Führung nach der Konstituierung der Regierung Brandt/Scheel zugrunde, die gebildet wurde, als sich gezeigt hatte, daß die Zeit kontinuierlicher politischer Entwicklung vorbei war, und der Jugendradikalisierung, Ausdruck einer tiefen ideologischen Krise, nur durch den Bruch der SPD mit der CDU begegnet werden könnte. In der Regierungserklärung Willy Brandts am 28. 10. 1969 sprach ein westdeutscher Bundeskanzler erstmals davon, mit dem anderen deutschen Staat »über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen«, und begrub damit die ganze (allerdings längst ausgehöhlte) Argumentation der CDU-Regierungen, womit der Weg für eine aktive Deutschlandpolitik überhaupt wieder frei wurde. Der spontane Beifall für Brandt bei seinem Besuch am 17. März 1970 in Erfurt zeigte, welche Dynamik in der Neuen Ostpolitik steckte.

Die Vertragspolitik warf nicht nur für eine großenteils noch widerstrebende Öffentlichkeit, sondern auch für die SPD selbst Identitätsprobleme auf. Über zwei Jahrzehnte war die SPD Partei im Kalten Bürgerkrieg in Deutschland gewesen - namentlich in Berlin. So wenig die CDU-Bundesregierungen die DDR-Regierung als Gesprächspartner akzeptieren wollten, weil deren Legitimität, ja die Staatlichkeit der DDR überhaupt, bestritten wurde, so wenig war die SPD bereit, in der SED mehr als einen Zwangsapparat und eine Niederlassung des vom Kreml gelenkten Weltkommunismus zu sehen, der mit Hilfe des »Ostbüros« auch subversiv bekämpft wurde. Die Auflockerung des Nicht-Anerkennungs-Dogmas der SPD gegenüber der DDR und ihrer führenden Partei durch den »Deutschlandplan« stand unter dem Vorbehalt, daß Kontakte und Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten an einen vorher festgeschriebenen Vereinigungsprozeß geknüpft sein müßten. Die »Politik der kleinen Schritte« wollte juristische Fragen ausklammern. Der 1966 vereinbarte, dann nicht zustande gekommene Redneraustausch mit der SED⁵⁷ mußte innerparteilich und gegenüber der Öffentlichkeit vor allem als »Schlagabtausch« qualifiziert werden, um den Widerstand dagegen zu neutralisieren.

Der Begriff der Sozialdemokratie von der einheitlichen deutschen Nation bezog sich ursprünglich fast selbstverständlich auf die Kontinuitätsmomente aus der gemeinsamen Staatlichkeit Deutschlands 1871 - 1945 und auf das Prinzip der Selbstbestimmung (hierin mit der CDU weitgehend übereinstimmend). Auch die SPD forderte jahrelang gesamt-

deutsche freie Wahlen zu einer Nationalversammlung als Ausgangspunkt der Wiedervereinigung. Lange Jahre – unter Schumacher ausgesprochen aggressiv – warf die SPD der CDU die Vernachlässigung der nationalen Interessen vor. Damit eng verbunden waren Bezüge zur gemeinsamen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, nach Kurt Schumacher am stärksten bei Herbert Wehner. Wie die Bundesrepublik einen Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen formulierte, vertrat die SPD eine Art Alleinvertretungsanspruch für die Arbeiterbewegung⁵⁸.

Wenn die neue SPD/FDP-Regierung auch »Sonderbeziehungen« zur DDR unterhalb der völkerrechtlichen Anerkennung anstrebte, so war ihr doch völlig klar, daß eine Verbesserung und vertragliche Regelung der »innerdeutschen Beziehungen« nur auf der Basis der Gleichberechtigung denkbar waren. Jede Diskussion über die demokratische Legitimation der DDR-Regierung oder der SED verbot sich daher auf zwischenstaatlicher Ebene von selbst. Den Begriff der »Einheit der Nation« einfach aufzugeben, untersagten das Grundgesetz, das innenpolitische Kräfteverhältnis und auch die Intention der Protagonisten der Neuen Ostpolitik, die durch »menschliche Erleichterungen« (Reise- und Besuchsmöglichkeiten vor allem) die Substanz der Nation bewahren wollten. Damit ergab sich aber die Notwendigkeit, den Nationenbegriff stärker kulturell und kommunikationstheoretisch zu fassen⁵⁹. In einer populären Formel von Egon Bahr: »Nation ist, wenn sich die Menschen treffen«.

Um die kurzfristigen Errungenschaften der Vertragspolitik zu bewahren und ihre langfristigen politischen Ziele nicht zu gefährden, brauchte die Bundesregierung stabile Partner in Osteuropa und in der DDR. Sie durfte keinerlei Opposition ermutigen, weil das repressive Vorgehen der Staatsmacht und Verhärtung der östlichen Positionen zur Folge haben mußte. Wo es ging, mußte sie die bestehenden Regierungen in Osteuropa bzw. Ostdeutschland unterstützen, um deren Stellung gegenüber Moskau zu stärken. So wurde die SPD zehn Jahre, nachdem sie den Status quo im Westen anerkannt hatte, auch zum Fürsprecher des Status quo im Osten. Dennoch wirft die erneute Verschärfung des Ost-West-Konflikts seit Ende der 70er Jahre die alte Frage nach der Priorität im Verhältnis von Ost- bzw. Deutschland- und Westpolitik auf. Schon in ihrer Entstehungsphase wurde die Neue Ostpolitik seitens der Westmächte, namentlich der USA' mit tiefem Mißtrauen betrachtet⁶⁰, das aber angesichts der gleichzeitigen Entspannung zwischen den Supermächten nicht offen geäußert werden konnte. Inzwischen wird es zunehmend unmöglich, NATO-Loyalität und die Weiterentwicklung der Beziehungen zu Osteuropa und zur DDR – selbst unter der Prämisse des gesellschaftlichen und territorialen Status quo – miteinander zu vereinbaren.

3. Das Neuaufleben der Diskussion um die Deutsche Frage auf der Linken

Die mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 eingeleitete Wende der SPD-Politik war mehr als nur die programmatische Aussöhnung mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Schon einige Monate später wurde klar, daß die SPD-Führung nicht nur die sozialistische, sondern auch die nationalpolitische Opposition gegen den Adenauer-Kurs aufgegeben hatte. So wie die modernisierende Strukturreform an die Stelle reformistischer Systemüberwindung trat, ersetzten Stabilisierung der BRD und geregelter Nebeneinander die Wiedervereinigung als »nationale Lebensfrage«. Dieser

bei allen Detaildifferenzierungen das innenpolitische Klima der Bundesrepublik in den 60er Jahren dominierende Fundamentalkonsens zwischen den beiden großen politischen Parteien, der in der Großen Koalition zu kritischer Stunde konkreten Ausdruck fand, wurde durch die aus der Außerparlamentarischen Opposition hervorgehenden Neue Linke bei aller verbalradikalen Kritik an der SPD (»Wer hat uns verraten? - Sozialdemokraten!«) nur partiell infragegestellt. Die Zugehörigkeit der BRD zum westlichen und der DDR zum östlichen Lager blieb vorausgesetzt. Die sozialliberale Ostpolitik nach 1969 wurde entweder – und natürlich auch zu Recht – als Anerkennung der Realitäten und Beitrag zum Abbau der antikommunistischen Hysterie (DKP-Zulassung) begrüßt, oder – dies ebenfalls nicht ganz zu Unrecht – als Dienstleistung an die Osthandelsinteressen des Kapitals oder gar »Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln« denunziert⁶¹. Aus den in dieser Phase reihenweise entwickelten Revolutionsstrategien jedoch wurde die nationale Frage zumeist völlig ausgeklammert und die Bundesrepublik als normaler kapitalistischer Nationalstaat behandelt. Der KBW führte in seiner Gründungsphase gar eine angeregte Debatte darüber, ob »westdeutsche Kommunisten« überhaupt das Recht hätten, in West-Berlin organisiert tätig zu werden⁶².

Für diese nationale Abstinenz lassen sich viele Gründe anführen: die psychologische Internalisierung des Status quo durch eine im westdeutschen Teilstaat aufgewachsene und sozialisierte Generation, die Hilflosigkeit gegenüber dem Problem des »real existierenden Sozialismus« in der DDR, die Belastung des Begriffsfelds »Nation/nationale Frage/Nationalismus« durch eine auch von der Linken noch weitgehend unbewältigte Vergangenheit und die Adenauer'sche Wiedervereinigungsrhetorik, die Präokkupation mit den antiimperialistischen Revolutionen der »Dritten Welt« und den »fortgeschritteneren« Klassenkämpfen anderer kapitalistischer Länder. Wo die nationale Frage, wie etwa bei der KPD/ML oder später der KPD, dennoch auftauchte, so über den Umweg einer sich am »vorrevisionistischen« Stalinismus orientierenden Marxismus-Leninismus-Rezeption und in Gestalt eines plakativen »nationalen Befreiungskampfes«⁶³.

Obwohl die vorübergehende (aber damals scheinbar unumkehrbare) Entschärfung des Ost-West-Konflikts durch die Entspannung zunächst eher Hinnahme des Status quo begünstigte, war die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der DDR durch die Ostverträge und den Grundlagenvertrag zu Beginn des Jahrzehnts, mittelfristig betrachtet, eine notwendige Voraussetzung dafür, daß die Deutsche Frage gegen Ende der 70er Jahre wieder stärker in die Diskussion der Linken Eingang fand. Die juristische Aggression war – wie die Linke im Verlauf der 60er Jahre immer entschiedener gefordert hatte – vom Tisch, der Blick frei für die wirkliche Problematik der europäischen Nachkriegsordnung. Die Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR am 16. November 1976, der die deutsche »Einheit der Linken in Ost und West« propagierte⁶⁴, ließ größere Teile der Linken auch gefühlsmäßig wieder eine Verbundenheit mit den ostdeutschen oppositionellen Sozialisten erleben, die sich von der bisherigen, meist zögernden Reaktion auf Vorgänge in Ostdeutschland und Osteuropa deutlich unterschied.

Ein weiterer Anstoß ging von der Ernüchterung über die Identifikationsobjekte im Ausland aus: Die chilenische und die portugiesische Revolution scheiterten; Vietnam, Kambodscha, Angola und Mosambik siegten, aber das Ergebnis entsprach nicht den emanzipatorischen Projektionen westlicher Linker. Angesichts neuer sozialer, vor allem ökologischer, Bewegungen, die häufig mit Ideologemen verknüpft waren, welche man bislang als unzweideutig reaktionär angesehen hatte (Heimatbewußtsein, Technikkritik), wurde die Identitätsar-

mut der westdeutschen Gesellschaft⁶⁵ bewußt, die mit Schlagworten wie »Amerikanisierung« und »Geschichtslosigkeit« beschrieben wurde.

Der Zerfall der kommunistischen Kleinparteien und die weitgehende Auflösung der organisierten Linken (von der auch die Jusos nicht unbetroffen blieben) in die »neuen sozialen Bewegungen« und Öko- und Alternativszene in den 70er Jahren schwächten zwar einerseits den Einfluß des Marxismus, erlaubten aber andererseits die Abkehr von sektiererischen Scheinwelten und eine neue Sensibilität gegenüber den gesellschaftlichen Realitäten in Deutschland. Gleichzeitig veränderten sich die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen von kapitalistischer Prosperität zu Rezession und Stagflationskrise, von internationaler Entspannung zu einem »zweiten Kalten Krieg« erneuter Ost-West-Konfrontation, von Friedenserwartung zu Kriegsfurcht. Die Destabilisierung Frankreichs, Italiens und der iberischen Halbinsel einerseits, die Polenkrise andererseits schärfen das Bewußtsein für die Labilität des europäischen Status quo. Das Umsichgreifen individueller (Arbeitslosigkeit) und kollektiver (Atomkrieg) Zukunftsangst fiel zeitlich zusammen mit der innen-, außen- und deutschlandpolitischen Orientierungskrise der sozialliberalen Koalition. Die »Wiederentdeckung« der nationalen Frage in der westdeutschen politischen Diskussion ist in diesem Kontext zu sehen und begann bezeichnenderweise auf zwei parallelen, aber miteinander verflochtenen Ebenen: erstens als Diskussion unter den politisch-publizistischen Protagonisten der sozialliberalen Ostpolitik um den Zusammenhang von Deutschland- und Sicherheitspolitik und die Zukunft der »Wandel durch Annäherung«-Strategie in einem gegenüber den Jahren der Brandt/Scheel-Regierung völlig veränderten Weltklima und zweitens als Suche in der neuen Friedensbewegung nach »Wegen aus der Gefahr⁶⁶, also den Möglichkeiten einer Überwindung des zunehmend als eigentliche Quelle des »permanenten Unfriedens« begriffenen, bipolaren Status quo in Europa.

Die seit Ende 1979 (NATO-»Nachrüstungsbeschluß«; Afghanistan-Invasion) zur Massenbewegung anschwellende Friedensbewegung hob neben der Gefährlichkeit der neuen atomaren Mittelstreckenraketen die von Regierung und Medien tabuisierte Tatsache ins Bewußtsein, daß die beiden deutschen Staaten das Gebiet mit der höchsten Konzentration von konventionellen und atomaren Waffen stellen und auch in einem »begrenzten Krieg« zwischen NATO und Warschauer Pakt buchstäblich vernichtet zu werden drohen. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage nach dem außenpolitischen Handlungsspielraum der deutschen Staaten, insbesondere der BRD, nach den Vorbehaltsrechten der Alliierten und der Rolle der ausländischen Truppen, die in Deutschland stationiert sind, geradezu auf⁶⁷.

Die Debatte um die Deutsche Frage, manchmal als Wiedervereinigungsdebatte im klassischen Sinn mißverstanden, spielt sich also im wesentlichen auf drei Ebenen ab: der sozialmanzipatorischen, der sozialpsychologisch/national-kulturellen (»nationale Identität«) und der friedenspolitischen. Da die erste Ebene, die Dialektik von nationaler und sozialer Frage in Deutschland, heute ehestens übersehen wird, ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß die Renaissance der Deutschen Frage seit Mitte der 70er Jahre von daher ihren Ausgang nahm. Rudi Dutschkes Kritik an den konservativen Zügen der sozialliberalen Entspannungspolitik und seine Forderung nach der »sozialistischen Wiedervereinigung« fand zunächst nur bei wenigen Unterstützung, vor allem bei ehemaligen DDR-Bürgern und einigen früheren SDS-Mitgliedern⁶⁸. Während Dutschke die Teilung Deutschlands in ihrer stabilisierenden Wirkung für beide Systeme auf deutschem Boden angriff, betonte die maoistische KPD die Relevanz der Deutschen Frage vor allem im Hinblick auf den Kampf gegen den »Sozialimperialismus«.

Noch erheblich diffuser in ihren politischen Inhalten waren notwendigerweise die Bemühungen zum Thema »nationale Identität«. Neben kritischen Schriftstellern wie Martin Walser, Ingeborg Drewitz (mit Heinrich Albertz Schirmherrin einer »Aktion 18. März Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten«), und Günter Grass, denen später andere folgten, Linken wie Peter Brückner und Thomas Schmid und »Nationalrevolutionären« wie Henning Eichberg erkannten auch führende Sozialdemokraten wie Horst Ehmke in einer Zeit, da das »Modell Deutschland« auch für Technokraten an Überzeugungskraft einbüßte, die Aktualität der Arndt'schen Frage: »Was ist des Deutschen Vaterland?«⁶⁹. Der langjährige Vertreter der Bundesregierung in der DDR, Günter Gaus, hat Anfang 1981 mit seinem fast durchweg mißverstandenen Vorschlag, den Nationenbegriff zu entstaatlichen, und mit seinen Reflexionen über Ostdeutschland (die DDR als der »deuschere« Staat, als »Nischen-Gesellschaft«, als »Ersatz-KP« der Bundesrepublik) eine rege Diskussion im sozialliberalen intellektuellen Establishment ausgelöst, die insgesamt die eingangs festgestellte Unzulänglichkeit gängiger Nationenbegriffe bestätigte⁷⁰.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde die aktuelle Brisanz der Deutschen Frage erst wieder durch ihren Eingang in Teile der Friedensbewegung klar. Einen Durchbruch bedeutete hier der (wie jedes Manifest dieser Art in seinen analytischen Aussagen gewiß angreifbare) Offene Brief von Robert Havemann an Leonid Breschnew, der von ca. 300 DDR-Bürgern und ca. 20 000 Westdeutschen und Westberlinern (vorwiegend aus dem grün/alternativen, dem christlichen und dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Bereich, darunter fast das gesamte linke Schriftsteller-Spektrum von Carl Amery bis Peter Paul Zahl) unterzeichnet und über Zeitungsanzeigen verbreitet wurde⁷¹. Der Offene Brief (wie jüngst der Ost-»Berliner-Appell« des Pfarrers Eppelmann⁷²) popularisierte eine dezidiert »national-neutralistische« Position, die auf Paktfreiheit für beide deutsche Staaten im Rahmen einer atomwaffenfreien Zone, den Abzug der ausländischen Truppen und die Beschränkung auf defensive Territorialverteidigung sowie einen Friedensvertrag ohne Wiedervereinigungsverbot abhebt⁷³. Teile des Konzepts, das einerseits als Programm für Massenkämpfe verstanden wird, andererseits aber bewußt mit den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion argumentiert, gingen in die Wahlplattform der Berliner »Alternativen Liste« vom März 1981 ein⁷⁴.

Innerhalb der SPD ist die Diskussion verzerrt, weil die Atlantiker um Schmidt pflichtgemäß an der »Einheit der Nation« festhalten, während die »Autonomisten« des Parteizentrums (Wehner, Bahr, teilweise Brandt, am deutlichsten Gaus) ihren Standpunkt nur vorsichtig äußern: Sie halten an der NATO-Mitgliedschaft (nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen) fest, verlangen aber einen größeren Bewegungsspielraum für die Bundesrepublik, namentlich in der Deutschland- und Ostpolitik, und fordern z.T. eine Reform der militärischen Doktrin und politisch-organisatorischen Struktur der NATO⁷⁵. Wenn diese Gruppierung sich auch am starren gegenüber den oppositionellen Basisbewegungen im Osten verhält (vgl. »Solidarność«), hat sie doch den Widerspruch von West- und Deutschlandpolitik erkannt und stellt durch ihre Äußerungen und teilweise Handlungen indirekt jene Blockstruktur infrage, die den Aktionsradius der beiden deutschen Staaten in existenzbedrohender Weise beschränkt. In der SPD-Linken ist die Haltung zur »nationalen Frage« uneinheitlich. Grundsätzliches Unverständnis gegenüber dem Thema findet sich neben der Warnung, die westeuropäischen Sozialisten zu verstören und die Massen der Friedensbewegung zu irritieren. Einige Vertreter der SPD-Linken engagieren sich jedoch zunehmend in »nationalneutralistischer« Richtung⁷⁶.

Außerhalb des organisatorischen Rahmens der SPD kommt Kritik aus verschiedenen Richtungen: Prominente liberale Historiker wie Wehler und Winkler, teilweise Mommsen, die die »Verwestlichung« der BRD nach 1945 für eine ohne Einschränkung positiv zu wertende Korrektur historischer Fehlentwicklungen halten, warnen vor »linkem Nationalismus«, vor einem neuen deutschen »Sonderweg« (diesmal von links) durch Verständigung mit Rußland und unterstützen die Sicherheitspolitik Helmut Schmidts⁷⁷. SB-Mitglied Arno Klönne hat sich schon 1978 gegen Dutschkes Thesen gewandt und auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verwiesen, wo die Suche nach einer eigenen Nationalidee stets zu politischen Verirrungen (etatistischer, sozialimperialistischer und nationalbolschewistischer Art) geführt habe⁷⁸. Als abschreckendes Beispiel verweist Klönne auf die Bewegung gegen die Remilitarisierung in der ersten Hälfte der 50er Jahre, als nationalistisch orientierte Sozialdemokraten und nationalitisch orientierte Kommunisten mit Alt-Nazis, früheren Wehrmachtsoffizieren und Rechten verschiedener Couleur (die militärische Gleichberechtigung forderten) ein politisches Konglomerat gebildet hätten⁷⁹. Ähnlich wie Hans-Ulrich Wehler sieht Wolfgang Pohrt in der Friedensbewegung eine »deutschnationale Erweckungsbewegung«. Deutschland ist ihm ein unabänderlich »reaktionäres Land«, in dem jeder McDonald's-Laden als zivilisatorische Errungenschaft anzusehen sei. Die nazistische Vergangenheit verbiete jede Suche nach deutscher Identität⁸⁰.

Die DKP/SEW und mit ihr sympathisierende Organisationen und Zeitschriften müssen die Deutsche Frage scharf zurückweisen, seit die SED ihre Zwei-Nationen-Theorie vertritt und alle gesamtdeutschen Aspirationen (gleich welchen politischen Inhalts) als Angriff auf die Souveränität der DDR betrachtet. Problematisch wird die Angelegenheit für die DKP und ihre Freunde erstens dadurch, daß die von ihr als Integrationsfiguren der Friedensbewegung akzeptierten Persönlichkeiten (Albertz, Bastian, Böll, Borm, Eppler, Gollwitzer u.a.) das nationale Thema auf die eine oder andere Weise ansprechen, und zweitens die DKP selbst eine (antimperialistische) nationale Separatidentität für die BRD propagiert⁸¹. Innerhalb des breiten linkssozialistischen Spektrums greift vor allem der KB mit der Zeitschrift »Arbeiterkampf« die Koalition der »linken Wiedervereiniger« an, die als Bündnis von Ex-KPDlern, Nationalistischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Antikommunisten zur Schwächung der Friedensbewegung verstanden wird. Blockübergreifende Konzepte erscheinen dem KB schädlich, da sie die eindeutige Stoßrichtung der Bewegung in Westdeutschland (kurzfristig: »Weg mit dem NATO-Raketenbeschluß!«, langfristig: »BRD raus aus der NATO!«) paralyisieren⁸².

Andere Gruppen orientieren sich auf einen westeuropäischen Weg zum Sozialismus⁸³, der durch die obsoleete deutsche Frage nicht belastet werden dürfe. Egbert Jahn sieht in nationalneutralistischen Bewegungen zur Abkoppelung von den Blöcken die Gefahr regionaler Aufrüstung und gesteigerter Kriegsgefahr. Seine Forderung, sich mit allen friedensbereiten Kräften in den USA und der UdSSR zu verbünden, die Supermächte an den Friedensprozeß anzukoppeln, statt sich von ihnen abzukoppeln, kann als linke Version des Gaus'schen Konzepts gelten⁸⁴. Ulrich Albrecht u.a. weisen in ihrer Denkschrift überzeugend die Notwendigkeit einer neuen Sicherheitspolitik nach und sprechen sich für eine Neutralismus-Option aus, weisen jedoch die Verknüpfung dieser Option mit der Wiedervereinigung (was im Sinne eines Automatismus kaum jemand vertritt) zurück, da diese auf den Widerstand der anderen Europäer treffen müßte⁸⁵.

Allen diesen Kritiken ist gemeinsam, daß sie das Aufwerfen der »nationalen Frage« für eine willkürliche Entscheidung halten und insofern davon ausgehen, daß das Problem erledigt

wäre, wenn die »linken Nationalisten« nur darauf verzichteten, es zum Diskussionsgegenstand zu machen.

4. Ergebnisse und Perspektiven

Das Etikett »Linksnationalisten« ist dabei, zumindest für unsere Position, irreführend. Denn wie schon eingangs ausgeführt, geht es nicht um die Nation als Abstraktum oder Wieder- bzw. Neuvereinigung Deutschlands als solche, sondern um die konkreten Hindernisse und Möglichkeiten, die sich aus der spezifischen Spaltung nach dem Zweiten Weltkrieg, für sozialistische (und dies umschließt für uns auch immer demokratische und Friedens) Politik ergeben. Unser Rückgriff auf die Nationalgeschichte vor 1945 sollte zeigen, wie verhängnisvoll sich klassenreduktionistische Begriffs- und Hilflosigkeit gegenüber den nationalen Besonderheiten Deutschlands letztlich für die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung ausgewirkt hat. Der Preis dafür wurde zwischen 1933 und 1945 in den Konzentrationslagern des Faschismus und auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs bezahlt. Wenn die deutsche Teilung es den Herrschenden in beiden Staaten erlaubte, die psychologische und politische Verarbeitung des Nazismus für die Auseinandersetzung mit dem feindlichen System zu funktionalisieren (»Totalitarismus« und »rot gleich braun« einerseits; »Bonner Revanchismus« und »Namen nennen« andererseits), so muß die unbefangene Konfrontation mit der deutschen Nation und der Deutschen Frage auch ein Stückchen längst überfälliger Vergangenheitsbewältigung auf der Linken sein. Ihre Tabuisierung als »Thema der Rechten« ignoriert nicht nur die reale Bedeutung, die die deutsche Einheit als programmatische Forderung und tagespolitischer Kampfbegriff der »alten Linken« bis in die 60er Jahre hinein hatte⁸⁶, sie behindert auch die Entwicklung einer an den konkreten Gegebenheiten orientierten Realpolitik durch eine wesentlich aus der Studentenbewegung hervorgegangene »neue Linke«, deren Stärke ja nicht gerade immer in realpolitischem Augenmaß und einem ungebrochenen Verhältnis zur jüngsten Geschichte bestand. Ob die nationale Frage zum Thema der Rechten wird, hängt – nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte – zu einem großen Teil von der Linken ab. Es gibt gegenwärtig keine »Nationalbewegung«, und die vorliegenden empirischen Befunde⁸⁷ konstatieren ein nachlassendes Interesse am Thema »Wiedervereinigung« zumindest in der Bundesrepublik. Die nicht nur taktische, sondern strategische Entscheidung des westdeutschen Großbürgertums für den Westen (NATO und EG), die physische Reduzierung und politisch-ideologische Integration der (Ex-)Nazis und traditionellen Deutschnationalen durch Adenauer, machen eine großangelegte nationalistische Offensive der Rechten auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. Doch ist die nationale Frage damit noch nicht vom Tisch. Sie existiert objektiv, prägt unabhängig von den Ergebnissen demoskopischer Umfragen das politische Leben beider deutscher Staaten und wird auch die Verfechter einer strikt auf den westdeutschen bzw. westeuropäischen Rahmen begrenzten antikapitalistischen Strategie konfrontieren. Wir wollen daher abschließend noch einmal darlegen, worin unseres Erachtens die Relevanz der deutschen Frage für die westdeutsche Linke besteht.

4.1 Nationale Frage und Arbeiterbewegung

Mit der Gründung der BRD und DDR wurde die parteipolitische Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in ihren sozialdemokratischen und kommunistischen Flügel nicht nur geographisch und staatlich fixiert, sondern zugleich die – vom emanzipatorisch-sozialistischen Standpunkt – negativen Charakterzüge beider Seiten verstärkt und gefestigt. Der vergleichsweise monolithische Charakter der SED – die fast völlige Abwesenheit offener fraktioneller Erschütterungen, das bisherige Nichtauftreten eines Reformflügels innerhalb der Staats- und Parteibürokratie – kann nur vor dem Hintergrund der Frontstaatenposition des DDR, der durch den Druck und die Magnetkraft der Bundesrepublik erzeugten Festungsmentalität unter den Parteikadern erklärt werden. Im Westen führte die spezifische Form, die der Kalte Krieg zwischen den Blöcken durch die deutsch-deutsche Konfrontation erhielt, zum Zerfall der KPD-Tradition, zur ideologischen und organisatorischen Hegemonie der rechten Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung und zur weitgehenden Erosion sozialistischen Klassenbewußtseins in der Arbeiterschaft. Die beiden deutschen Systeme »... bedingten und bedingen einander..., um die Beleidigten, Unterdrückten und Ausgebeuteten nicht zu ihrem Recht kommen zu lassen« (Rudi Dutschke, in: Brandt/Ammon 1981, S. 351). Jeder DKP-Betriebsrat, der versucht, die Unterstützung seiner Kollegen für sich in Unterstützung für seine Partei umzumünzen, stößt auch heute – 10 Jahre nach der sogenannten »innerdeutschen Normalisierung« – noch auf die harte Realität der nationalen Frage im Arbeiterbewußtsein.

Das Kernproblem sozialistischer Politik in der Bundesrepublik – die Vorherrschaft einer sich als sozialliberale Volkspartei definierenden SPD und die darin reflektierte Bewußtseinslage der lohnabhängigen Bevölkerung – ist also aufs Engste mit der Deutschen Frage verwoben. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern wurde hier die Diskreditierung des Sozialismus durch das »real existierende« osteuropäische Modell nicht hauptsächlich über bürgerliche Propaganda vermittelt, sondern zählt aufgrund des Schicksals der ostdeutschen Sozialdemokratie, der Integration von Millionen von Flüchtlingen in die westdeutsche Arbeiterklasse, der mannigfaltigen verwandtschaftlichen Beziehungen und der geographischen und kulturellen Nähe des Modells DDR ebenso zum direkten und bewußtseinsprägenden, kollektiven Erfahrungsschatz der Arbeiterbewegung.

Eine nur auf die radikalisierende Wirkung der Wirtschaftskrise bauende linke Strategie kann dieser Situation nicht gerecht werden. Die Frage nach der DDR – also die Deutsche Frage aus westdeutscher Sicht – läßt sich schon aus kurzfristiger Sicht nicht ausklammern. Aber selbst wenn dies möglich wäre, würde sich langfristig die Frage nach der Wirkung einer Linksentwicklung in der Bundesrepublik auf die DDR ebenso wie die Frage nach der Wirkung einer Veränderung in der DDR in Richtung ihrer Demokratisierung auf die BRD stellen. Die innenpolitischen Schwierigkeiten der SED-Führung mit dem »Sozialdemokratismus« nach der Regierungsübernahme der SPD/FDP-Koalition 1969 und die Reaktion, gerade in sozialdemokratischen und Gewerkschaftskreisen, in der BRD auf die »Fälle« Biermann und Bahro geben eine Vorahnung der sich dann eröffnenden Möglichkeiten. Wir behaupten also, daß der Deutschen Frage gar nicht zu entkommen ist und daß es daher sinnvoll erscheint, die Problematik von vornherein mit zu reflektieren und programmatisch aufzunehmen.

4.2 Nationale Frage und Friedensbewegung

Wenn in der bürgerlichen Medienöffentlichkeit in der letzten Zeit vermehrt die Gefahr eines »neuen Nationalismus« im Zusammenhang mit der Friedensbewegung heraufbeschworen wird, so muß diese Reaktion nicht als Überschätzung des in Wirklichkeit noch begrenzten Einflusses der sich ausdrücklich auf die nationale Frage beziehenden Stimmen in der Friedensbewegung mißverstanden, sondern als Bestätigung der objektiv engen Verknüpfung von nationaler und Friedensfrage interpretiert werden. In den 50er Jahren war dieser Zusammenhang noch einer breiten Öffentlichkeit bewußt, in den 80er Jahren wird er es werden, auch wenn der Zugang dazu heute unter umgekehrten Vorzeichen steht: War es damals der Widerstand gegen eine weitere Vertiefung der nationalen Spaltung, der viele Menschen gegen die Wiederbewaffnung und den NATO-Beitritt mobilisierte, so ist es heute die Furcht vor dem nuklearen Holocaust als möglicher Konsequenz der NATO-Strategie, die für viele die Frage nach der Veränderbarkeit des europäischen und damit des deutschen Status quo aufdrängt. Erstmals vielleicht nach 1945 ergibt sich damit eine Konstellation, die u.U. auch den deutschen Nachbarvölkern eine Überwindung der deutschen Spaltung weniger unheimlich machen könnte: die Gefahr einer Vernichtung der europäischen Zivilisation durch die Konfrontation der beiden militärischen Blöcke verdrängt zunehmend die Furcht vor einem wiedererstarkten deutschen Militarismus in der öffentlichen Diskussion in Ost und West.

Für die Linke und die Friedensbewegung bedeutet das, sich auch der europäischen Dimension der Deutschen Frage bewußt zu werden. Die deutsche Geschichte ist seit jeher in hohem Maße von der geographischen Mittellage Deutschlands bestimmt worden. Sowohl 1848/49 wie auch 1918-23 galt die deutsche Revolution zu Recht als Sprengsatz der bestehenden europäischen Ordnung. Heute ist Deutschland – durch das System von Jalta und Potsdam voneinander gespalten wie aneinander gekettet – der Angelpunkt des europäischen Status quo, in dem sich die Krisen und Widersprüche beider Systeme treffen und gegenseitig befruchten. Jede radikale Herausforderung an die politische Legitimität eines der beiden deutschen Fragmente (wie sie die Friedensbewegungen beider deutscher Staaten zumindest implizit darstellen) ist deshalb nicht auf das jeweilige Territorium begrenzt und damit zugleich eine Herausforderung des Status quo in seiner europäischen Gesamtheit.

Anmerkungen:

- 1 Siehe vor allem die Berichte zur Lage der Nation (vor allem 1974) und die Bundestagsdebatten darüber; auch P. Brandt/H. Ammon (Hg.), *Die Linke und die nationale Frage*, Reinbek b. Hamburg 1981, S. 302 ff.
- 2 Siehe vor allem A. Kosing, *Nation in Geschichte und Gegenwart*, Berlin (Ost) 1976, und A. Norden, Vortrag an der Parteihochschule 'Karl Marx' der SED am 3.7.1972, in Brandt/Ammon 1981, S. 320 ff.
- 3 O. Bauer, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, Wien 1924².
- 4 J.V. Stalin, *Der Marxismus und die nationale Frage*, Wien 1913.
- 5 Siehe als Überblick T. Schieder (Hg.), *Handbuch der europäischen Geschichte*, Stuttgart 1968 ff.; *Deutsche Geschichte in drei Bänden*, Berlin (Ost), 1965 u.ö.
- 6 F. Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat*, München 1962 (1907).
- 7 O. Büsch u. a. (Hg.), *Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert*, Berlin (West) 1980; P. Hoffmann u. a., *Der Befreiungskrieg 1813*, Berlin (Ost) 1967.
- 8 Der Terminus ist nur in Anführungszeichen zu gebrauchen. Es handelt sich um die teilweise Angleichung im Normengefüge und den Lebensformen an den kapitalistisch produzierenden und auch in seiner Lebensweise durch den Kapitalismus spezifisch geprägten Gutsbesitzeradel, während die Wirtschaftsgesellschaft zunehmend verbürgerlichte. Vgl. E. Kehr, *Der Primat der Innenpolitik*, Berlin (West) 1965; H.-U. Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen 1973 u. ö.
- 9 Zum Begriff des Machtblocks, s. N. Poulantzas, *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt/M. 1980, S. 229 ff.
- 10 P. Brandt/R. Rürup, *Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19*, Düsseldorf 1980, S. XX f., XLIII-LL; D. Blackburn/G. Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung*, Frankfurt/M. 1980, S. 111 ff.
- 11 R. Luxemburg, *Die Krise der Sozialdemokratie*, Berlin 1919, S. 81.
- 12 A. Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1961.
- 13 Abgedruckt in L. Berthold, *Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930*, Berlin (Ost) 1956.
- 14 Rosenberg 1961; *Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928 - 1933*, Frankfurt/M. 1973.
- 15 R. Kühnl, *Die nationalsozialistische Linke 1925-1930*, Meisenheim 1966.
- 16 P. Brandt, Einheitsfront und Volksfront in Deutschland, in *Prokla* 26 (1977), S. 35-74.
- 17 F. Neumann, *Bebemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*, Köln u. a. 1977 (1944); M. Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1969 u. ö.
- 18 L. Niethammer u. a. (Hg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976.
- 19 E. Deuerlein (Hg.), *Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der »Großen Drei«*, München 1963.
- 20 G. Kolko, *The Politics of War*, New York 1968.
- 21 H.-P. Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Neuwied u. a. 1966, S. 201 ff.; D. Staritz, *Sozialismus in einem halben Land*, Berlin (West) 1976.
- 22 W.M. Molotow, *Fragen der Außenpolitik*, Moskau 1949.
- 23 W. Loth, *Die Teilung der Welt*, München 1982².
- 24 F. Wieseemann, Die Gründung des deutschen Weststaats und die Entstehung des Grundgesetzes, in: Institut für Zeitgeschichte, *Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik*, München 1976, S. 118-134; R. Badstübner/S. Thomas, *Restauration und Spaltung*, Köln 1975; H. Weber, *Von der SBZ zur DDR*, Bd. 1, Hannover 1966.
- 25 G. Plum, Versuche gesellschaftspolitischer Neuordnung, in: Institut für Zeitgeschichte 1976, bes. S. 98-105; E.-U. Huster u. a., *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949*, Frank-

- furt/M. 1976⁶, S. 214-260, Dok. S. 394-450; W.-D. Narr, *CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart 1966.
- 26 K. Adenauer, *Erinnerungen*, 4 Bde., Stuttgart 1965 ff.; H.-P. Schwarz, Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers, in: *Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945-1963*, München 1975.
- 27 E. Jäckel (Hg.), *Die deutsche Frage 1952-1956*, Frankfurt/M. u.a. 1957; K. Erdmenger, *Das folgenreichere Mißverständnis*, Freiburg 1967.
- 28 J. Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949*, Frankfurt/M. 1971; H.H. Hartwich, *Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo*, Köln 1970.
- 29 E. Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945-1952*, Frankfurt/M. 1970.
- 30 W. Bleek, *Staatsgründung der DDR und deutsche Einheit*, München 1982; B. Sarel, *Arbeiter gegen den »Kommunismus«*, München 1975; M. Jänicke, *Der Dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953*, Köln 1964.
- 31 Zu den Hintergründen der Ablösung Ulbrichts – bei der natürlich noch andere als deutschlandpolitische Gründe im Spiel waren – siehe u.a. P.C. Ludz, *Die DDR zwischen Ost und West*, München 1977, S. 144-148; G. Wetting, *Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965-1976*, Stuttgart 1976, S. 101ff.
- 32 W.-D. Narr 1966; J. Gabbe, *Parteien und Nation*, Meisenheim 1976; H.G. Wieck, *Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945*, Düsseldorf 1953.
- 33 T. Pirker, *Die SPD nach Hitler*, Berlin 1977 (1965).
- 34 A. Ashkenasi, *Reformpartei und Außenpolitik*, Köln u.a. 1968.
- 35 Wie sehr diese in der Gründerphase der BRD noch als wunder Punkt begriffen wurde, zeigte die Reaktion auf Schumachers Wort von Adenauer als »Kanzler der Alliierten« 1949. S. Pirker 1977, S. 122ff.
- 36 Weber 1966, Bd. 1, S. 100ff.
- 37 Wetting 1976.
- 38 Nach Weber 1966, Bd. 1, S. 77, kursierten 1953 in der SED sogar »Gerüchte, die Partei müsse bereit sein, in die Opposition oder gar in die Illegalität zurückzukehren«.
- 39 »Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands...«, Artikel 8, Absatz 2 der DDR-Verfassung von 1968.
- 40 Siehe etwa Honeckers Interview mit der »Saarbrücker Zeitung« vom 6. Juli 1978, abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe II, Band 7, Bonn 1981, S. 60ff, besonders S. 62.
- 41 Bis Mitte der siebziger Jahre verdreifachte sich die Zahl der westdeutschen Besucher in der DDR, während sich die Zahl der Fernsprechleitungen verzehnfachte und die der in West-Ost-Richtung geführten Telefongespräche von 0,5 Mio. 1969 auf fast 17 Mio. 1978 anstieg. Genaue Zahlen in: Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hg.), *Zehn Jahre Deutschlandpolitik*, Bonn 1980, S. 72 und 89.
- 42 Siehe etwa über die Rolle und das Auftreten der Sowjetischen Militäradministration und der »Gruppe Ulbricht« 1945-1947 W. Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1955, Kap. VII und VIII.
- 43 Weber 1966; Jänicke 1964; Sarel 1975; H. Brandt, *Ein Traum, der nicht entführbar ist*, München 1967.
- 43a »Wir dürfen nicht die Stabilität der DDR als Staat aufs Spiel setzen.« Interview Rudolf Bahros mit Günter Minnerup v. 25.10.1979, in: *Was tun*, Nr. 277 (1979), S. 4-7.
- 44 Siehe z.B. die Rede W. Piecks am 30.1.1946, auszugsweise abgedruckt in: Brandt/ Ammon 1981, S. 74f.
- 45 A. Kaden, *Einheit oder Freiheit*, Hannover 1964; F. Moraw, *Die Parole der »Einheit« und die Sozialdemokratie*, Bonn 1973.
- 46 »Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren«,

- Hannover 1945, bes. S. 22.
- 47 D. Staritz, KPD und Kalter Krieg bis 1950, in B. Blanke u.a. (Red.), *Die Linke im Rechtsstaat*, Bd. 1, Berlin (West) 1976, S. 195-210; A. v. Brünneck, Politik und Verfolgung der KPD nach dem Krieg, in: ebd., S. 211-235. KPD-Wählerstimmen: 1946/47 (Durchschnitt der Landtagswahlen): 8,5%, 1949 (Bundestagswahl): 5,7%, 1953 (Bundestagswahl): 2,2%. Die Mitgliederzahl war vor dem Verbot von 300.000 (1946) auf 70.000 abgesunken.
- 48 Hein Hoebink, Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949-61, Meisenheim 1978, S. 111 - 114, v.a. Anm. 772 u. 775
- 49 E.-U. Huster, *Die Politik der SPD 1945-1950*, Frankfurt/M. u.a. 1978.
- 50 F. Krause, *Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949-55*, Frankfurt/M. 1971.
- 51 U.F. Löwke, *Die SPD und die Wehrfrage 1949 bis 1955*, Bonn 1976; L. Wilker, *Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966*, Bonn 1977.
- 52 In: Brandt/Ammon 1981, S. 169-174.
- 53 Plattform in: G. Hillmann, *Selbstkritik des Kommunismus*, Hamburg 1967, S. 194ff.
- 54 B. Blanke u.a. 1976; L. Niethammer, Rekonstruktion und Desintegration, in: H.A. Winkler (Hg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953*, Göttingen 1979, S. 266f.
- 55 1930: 59,9%, 1952: 45%, 1956/57: 40%, 1968: 34,5%, 1975: 27,6%. Nach: A. Klönne, *Die deutsche Arbeiterbewegung*, Düsseldorf u.a. 1980, S. 353.
- 56 Siehe v.a. Bahrs Tutzingener Rede vom 15.7.1963, in: Brandt/Ammon 1981, S. 235-240.
- 57 Siehe Brandt/Ammon 1981, S. 263-275; W. Benz u.a., *Einheit der Nation*, Stuttgart 1978, S. 289-301.
- 58 J. Gabb, 1976; Brandt/Ammon 1981, S. 63-67, 99-102, 120-123 u.a.
- 59 S. Anmerkung 1.
- 60 H. Kissinger, *Memoiren*, 2 Bände, München 1979, 1982.
- 61 Siehe etwa *SPD und Staat*. Herausgegeben von der Darmstädter Studentenzeitung, Berlin (West) 1974, S. 141 - 168.
- 62 *Kommunismus und Klassenkampf*, Nr. 1/ Jahrgang 1 (1973).
- 63 Siehe z.B. das in Brandt/Ammon 1981, S. 329-331 auszugsweise abgedruckte Dokument der KPD.
- 64 In einer neugedichteten Strophe zu dem Lied »So soll es sein...« in seinem Kölner Konzert am 13.11.1976.
- 65 V. Gransow / C. Offe, Politische Kultur und sozialdemokratische Regierungspolitik, in: *Das Argument*, Nr. 128 (1981), S. 551 - 564.
- 66 E. Eppler, *Wege aus der Gefahr*, Reinbek b. Hamburg 1980.
- 67 W. Perdelwitz / H. Bremer, *Geisel Europa*, Berlin (West) 1981; A.A. Guha, *Der Tod in der Grauzone*, Frankfurt/M. 1980; A. Mechtersheimer (Hg.), *Nachrüstun? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß*, Reinbek b. Hamburg 1981; *Ästhetik und Kommunikation*, akut 8f.: Krieg, Berlin (West) 1981f.
- 68 R. Dutschke, *Mein langer Marsch*, Reinbek b. Hamburg 1980, S. 187-190, 190-192; Brandt/Ammon 1981, S. 334f., 350f.; W. Deinert in *das da-avanti* (2/1979); T. Fichter in *Langer Marsch* 39 v. 7.12.1978 (Auszug in Brandt/Ammon 1981), S. 354f.).
- 69 Brandt/Ammon 1981, S. 339-341, 347f., 351f., 355-358, 358f., 356f. (dort auch Quellenangaben). Außerdem auch H. Brüggemann, *Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland*, Berlin (West) 1978; H. Eichberg, *Nationale Identität*, München 1978.
- 70 *Die Zeit* v. 30.1.1981 und die folgenden Ausgaben; 11.9.1981; siehe auch Gaus' »Neun Thesen« in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 5 (1981).
- 71 Abgedruckt u.a. in der *Süddeutschen Zeitung* v. 21.11.1981.
- 72 Siehe *Frankfurter Rundschau* v. 9.2.1982.
- 73 H. Ammon / P. Brandt, Wege zur Lösung der »Deutschen Frage«, in *Befreiung* Nr. 21 (1981), S. 38-71; Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik in der Alternativen Liste, Paktfreiheit für

- beide deutsche Staaten...., Berlin(West) 1982²; T. Schweisfurth, Die Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki für eine atomwaffenfreie Zone und deren heutige Bedeutung, demnächst in: *Atomwaffenfreies Europa*, Nr. 2 (1982); W. Harich, Fünfzehn Thesen zur Friedenspolitik, in: *Das Argument*, Nr. 127 (1981), S. 315 - 325.
- 74 Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, Wahlprogramm zu den Neuwahlen am 10. Mai 1981, Berlin(West), S. 2-4.
- 75 G. Gaus, *Friedenspolitik für Deutschland*, Rede vor dem Parteitag der Berliner SPD, Sonderdruck der Berliner Stimme, November 1981.
- 76 Der Havemann-Brief wurde unterzeichnet von den SPD-Bundestagsabgeordneten H. Hoffmann, K.D. Kühbacher, O. Schreiner und G. Weisskirchen.
- 77 H. Mommsen in: *Die Zeit* v. 6.2.1981; H.-U. Wehler in: *FAZ* v. 15.11.1981; H.-A. Winkler, in: *Die Zeit* v. 21.1.1982.
- 78 A. Klönne, Vorsicht - nationale Sozialisten, in: *das da-avanti* Nr. 11 (1978), gekürzt in: Brandt/Ammon 1981, S. 352-354.
- 79 Ders., Krumme Wege der ersten deutschen Friedensbewegung, in: *links*, Nr. 142 (1982).
- 80 W. Pohrt in: *Die Zeit* v. 30.10.1981.
- 81 Siehe z.B. M. Schäfer, *Die DKP*, Frankfurt/M. 1978, S. 255, 300.
- 82 Siehe *Arbeiterkampf* 213 v. 23.11.1981, S. 37-41.
- 83 Siehe z.B. Sozialistische Studiengruppen (Hg.), *Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Hamburg 1980.
- 84 E. Jahn, Ein neuer Internationalismus gegen den Ost-West-Militarismus, in *links* Nr. 140 (1981).
- 85 Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), *Frieden mit anderen Waffen*, Reinbek b. Hamburg 1981.
- 86 Siehe die ausführliche Dokumentation in Brandt/Ammon 1981.
- 87 Hierzu vor allem G. Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und in der DDR, Düsseldorf 1973.